

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 197.

Donnerstag, den 24. August 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Arbeiterinteressen und Kolonialbesitz.

Es treten sogar hier und da in der deutschen sozialdemokratischen Partei Auffassungen zutage, als ob das deutsche Volk als Ganzes oder auch nur die deutsche Arbeiterklasse irgendeinen Vorteil davon hätte, daß das Deutsche Reich Kolonien besitzt oder sich doch bessere Kolonien verschaffe als es jetzt besitzt. Es ist allerdings höchst charakteristisch, daß noch keiner der Kolonialschwärmer den Versuch gemacht hat, zu beweisen, daß ein Parallelismus zwischen dem Besitz von großen und guten Kolonien und dem Wirtschaftsleben eines Staates sowie der wirtschaftlichen Lage seiner Arbeiter besteht.

Soweit das Wirtschaftsleben eines Staates in Frage kommt, so wird zunächst gewiß niemand behaupten wollen, daß der ungeheure Aufschwung der deutschen Industrie und des deutschen Handels in irgendeinem Zusammenhange mit unserem Kolonialbesitz stünde. Denn der Handel mit unseren Kolonien ist winzig klein, Deutschlands Handel und Industrie würden als Ganzes nicht die geringste Störung erleiden, wenn unser Verkehr mit unseren Kolonien wegfiel. Viel empfindlicher würde es uns schon berühren, wenn unser Handel mit den Kolonien anderer Großstaaten plötzlich wegfiel. Beträgt doch unsere Einfuhr aus Kolonialländern, die uns nicht gehören, ungefähr den siebten Teil unserer Gesamteinfuhr und auch unsere Ausfuhr nach fremden Kolonien ist sechs- bis siebenmal so groß als unsere Ausfuhr nach unseren eigenen Kolonien.

Deutschland ist Englands mächtigster Konkurrent auf dem Weltmarkt geworden, obwohl England seit Jahrhunderten riesigen Besitz an wertvollen Kolonien hat und Deutschland erst seit wenigen Jahren einige schlechte Kolonien besitzt. Wir haben einen bedeutenden Handel mit Kolonien, die uns nicht gehören, aber einen ganz winzigen mit unseren eigenen Kolonien.

Bei einer Vergleichung des Außenhandels der wichtigsten Welthandelsländer ergibt sich, daß Deutschlands Außenhandel an zweiter Stelle steht und nur von Großbritannien übertroffen wird. Er beträgt (im Jahre 1909; neuere Übersichten liegen nicht vor) 12,4 Prozent gegen 17 Prozent des britischen Anteils am Gesamtaußenhandel der Welthandelsländer. Alle anderen Staaten stehen erheblich hinter Deutschland, obwohl sie, wie beispielsweise Frankreich, ganz erheblich mehr und bessere Kolonien haben als Deutschland. Und was noch beachtenswerter ist: die Differenz zwischen dem Anteil Deutschlands und dem Großbritanniens am Gesamtaußenhandel wird ständig geringer. Sie betrug 1901 noch 7,8 Prozent und beträgt jetzt nur noch 4,6 Prozent. Frankreichs Anteil am Gesamtaußenhandel aber hat sich seit 1901 nicht verändert. Unsere Kolonien haben also nichts mit unserem Wirtschaftsleben zu tun, und es hat für die Entwicklung des Wirtschaftslebens eines Staates keine Bedeutung, ob er Kolonien besitzt oder nicht.

Und betrachten wir die Lage der Arbeiter der verschiedenen Länder, dann wird es ebenso unmöglich sein, nachzuweisen, daß die Arbeiter eines Landes besser stehen, wenn das Land Kolonialbesitz hat, als wenn es keinen hat.

Es müßte anders nachgewiesen werden können, daß die Arbeiter der Länder mit großem und ertragreichem Kolonialbesitz allgemein die höchsten Löhne haben. Dieser Nachweis kann nicht geführt werden, weil die wirklichen Verhältnisse ganz anders liegen.

So wenig wie die allgemeine Wirtschaftslage eines Landes dadurch bestimmt wird, daß es Kolonien besitzt, so wenig wird der Arbeitslohn und die wirtschaftliche Lage der Arbeiter eines Landes von dem Besitz von Kolonien bestimmt.

Es ist eine mit nichts bewiesene und mit nichts beweisbare Behauptung, die in der von G. Hildebrand und dem Ehepaar Maurenbrecher an den Parteitag gerichteten Resolution aufgestellt wird, daß die deutsche Wirtschaft bedürfnisse und der Spielraum der deutschen Volkswirtschaft in unerträglicher Weise eingeengt würden, wenn ein anderer Großstaat seinen Kolonialbesitz erweitert. Das mag unerträglich sein für ein paar hundert Großkapitalisten; für das deutsche Volk und erst recht für die deutsche Arbeiterklasse ist es ganz gleichgültig.

Dagegen bedeutet die Möglichkeit kriegerischer Verwicklungen durch die Rivalitäten der Großkapitalisten verschiedener Länder für die Arbeiter die Möglichkeit schwe-

rer, unerträglicher Lasten an Gut und Blut. Unser Interesse als Partei der Arbeiterklasse bedingt deshalb nicht, daß wir uns dem kolonialen Ausdehnungsdrange der französischen oder englischen Großkapitalisten zugunsten der deutschen Großkapitalisten widersetzen, sondern daß wir uns der Anzettelung von Völkerkriegen in diesem Streite der Großkapitalisten untereinander mit aller Kraft widersetzen.

In den Kolonien herrschen die Kapitalisten so gut wie in den europäischen Großstaaten. Nur das Profitinteresse der Großkapitalisten und nicht irgendein nationales Interesse oder eine Rücksicht auf die nationale Volkswirtschaft sind maßgebend. Dafür wird soeben ein vortreffliches Beispiel bekannt. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ enthält in ihrer Sonntagsnummer folgenden Bericht, den wir seiner Bedeutung wegen für die Beurteilung der Motive der kapitalistischen Kolonialpolitik hier ganz folgen lassen:

„Eine Versammlung von 40 deutschen Arbeitslosen am 14. Juli in Windhuk im Hotel zum alten Römer, durchweg frühere Angestellte der Firma Bachstein-Koppel, hat nach lebhafter Erörterung folgende Entschliebung, die die dortigen traurigen Verhältnisse deutlich beleuchtet, einstimmig angenommen:

„Auf der Umbauftrasse Karibb-Windhuk ist noch vor Vollendung des Baues allen deutschen Angestellten und Arbeitern, mit Ausnahme von drei Leuten, von der Firma Bachstein-Koppel gekündigt worden, obwohl eine Anzahl der Entlassenen vertraglich für die gesamte Dauer der von der Firma im Schutzgebiet übernommenen Eisenbahnbauten engagiert war. Außer den erwähnten drei Deutschen, denen übrigens auch bedingungsweise gekündigt ist, arbeiten auf der Umbauftrasse nur noch Ausländer als Schachtmeister und Aufseher der Kapboys.

Die Bitte der Gekündigten um weitere Beschäftigung auf der Umbauftrasse hat die Firma Bachstein-Koppel nicht erfüllt. Zugleich aber hat sie einer Anzahl bisher auf der Umbauftrasse verwandter italienischer Angestellter als Unternehmer, Schachtmeister und Aufseher auf der Umbauftrasse Arbeitsgelegenheit gegeben und ist ihnen in jeder Weise behilflich gewesen, sich dort einen großen Verdienst zu verschaffen. Dieser Verdienst beträgt bei einzelnen der ausländischen Unternehmer auf der Umbauftrasse täglich über 1000 Mark. Von diesen ausländischen Unternehmern beschäftigen zwei, nämlich die Herren Cizek (Tscheche) und Manetti (Italiener) zusammen etwa 3000 Eingeborene, die sie zum allergrößten Teil durch ausländische Schachtmeister und Aufseher beaufsichtigen lassen.

Die gekündigten deutschen Angestellten und Arbeiter der Firma Bachstein-Koppel fordern, daß die Firma sie auf der Umbauftrasse weiter beschäftige. Dies kann dadurch geschehen, daß die Firma die mehr als 3000 Eingeborenen, die durch ihre Vermittlung den Herren Cizek, Manetti, Gebrüder Cordilari und anderen Ausländern verschafft worden sind, an die gekündigten deutschen Angestellten verteilt und diese ebenso als Unternehmer oder in sonst irgendeinem Arbeitsverhältnis auf der Umbauftrasse arbeiten läßt, wie sie das den Herren Cizek, Manetti, den Gebrüder Cordilari und anderen Ausländern ermöglicht hat. Die deutschen Angestellten besitzen für eine solche Tätigkeit, wie sie das auf der Umbauftrasse erwiesen haben, die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten. Es befinden sich unter ihnen Techniker und Schachtmeister, die ihre Aufgaben auf der Umbauftrasse sachgemäß und zur schriftlich bestätigten Zufriedenheit der Bauleitung gelöst haben und auch in ihrer sonstigen Führung sich nichts haben zuschulden kommen lassen.

Die gekündigten deutschen Angestellten und Arbeiter bitten den Herrn Gouverneur, daß er sich ihrer gerechten Forderung annimmt und dahin wirkt, daß in dieser deutschen Kolonie deutschen Männern dieselbe Arbeitsmöglichkeit gesichert werde, wie Ausländern. Sie weisen noch besonders darauf hin, daß der Bauvertrag die Firma Bachstein-Koppel verpflichtet, deutsche Arbeitskräfte vor ausländischen zu bevorzugen. Sie verlangen jedoch nicht einmal Bevorzugung, sondern nur Gleichberechtigung, die ihnen jetzt von der Firma versagt wird. Ferner bitten sie den Herrn Gouverneur, die Firma Bachstein-Koppel künftighin anzuhalten, bei einem Überschuss von Angestellten und Arbeitern in erster Linie die Ausländer zu entlassen.“

Der Grund für die Entlassung der Deutschen ist aus dem Bericht nicht zu ersehen. Soviel aber steht fest: In den Kolonien, auch wenn sie in deutschem Besitz sind, herrscht gegenwärtig der Kapitalismus so gut wie in den alten Kulturländern. Die Interessen der Kapitalisten und nicht die der Arbeiter sind maßgebend für alle Entscheidungen. Die Kapitalisten fragen deshalb keinen Pfifferling danach, welcher Nation die Arbeiter angehören, die sie beschäftigen und ausbeuten. Wenn den deutschen Kapitalisten in den deutschen Kolonien die deutschen Arbeiter nicht passen, dann werfen sie diese ebenso rücksichtslos aufs Straßen-

pflaster, wie sie es mit anderen Arbeitern machen, die ihnen nicht passen und wie es in der deutschen Heimat auch geschieht. Kolonialbesitz unter der Herrschaft des Privatkapitalismus dient lediglich dem Nutzen der Kapitalisten. Die Arbeiter haben höchstens dies davon, daß sie, wie das bei allen deutschen Kolonien noch immer der Fall ist, zu den Reichsmitteln beitragen müssen, die als Zuschuß zur Verwaltung der Kolonien zu zahlen sind.

Die „positiven“ Kolonialpolitiker in der Partei vermissen den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit und vergessen, daß unsere Aufgabe in erster Linie die Vertretung der Arbeiterinteressen ist. Und sie verwechseln die gegenwärtige kapitalistische Kolonialpolitik mit idealen Kulturbestrebungen einer denkbaren Zukunfts-gesellschaft. Gegenwärtig leben wir aber in der Klassengesellschaft und haben Arbeiterklasseninteressen zu vertreten.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Die Folgen der Wuchergölle.

Dem Reichstage wird im Herbst der Entwurf eines Handelsabkommens mit den Niederlanden zugehen. Nach den Erfahrungen, die mit dem schwedischen Handelsvertrag gemacht worden sind, erklärt nun der Bund der Industriellen:

„Nach den letzten handelspolitischen Erfahrungen muß die deutsche Industrie mit Besorgnis auch der bevorstehenden Beschlußfassung über einen neuen Zolltarif in den Niederlanden entgegensehen. Der Tarifentwurf, der seit Juni von einer vorbereitenden Kommission der Zweiten Kammer der Generalstaaten in Amsterdam beraten wird und im Herbst voraussichtlich mit leibter nur wenigen Änderungen Gesetz werden soll, droht der deutschen Ausfuhrindustrie den Abfall auf dem wichtigen niederländischen Markt empfindlich zu erschweren. Kaum ein deutscher Industriezweig wird davon verschont.“

Was die Sozialdemokraten bei der Schaffung des Wuchergöller vorausgesagt haben, das ist nunmehr durch eine ganze Reihe von Tatsachen bestätigt: Die Wuchergölle erschweren unsere Ausfuhr und erschweren damit der deutschen Industrie den Wettbewerb auf dem Weltmarkt.

### Wie gelogen wird!

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, das Organ des vielseitigen Journalisten Paul Eiman, alias Saul Liepmann, teilt folgendes mit:

„Der Rücktritt des Gouverneurs v. Truppel, der zehn Jahre lang seinen Posten innegehabt hat, und dem Szingtau unendlich viel verdankt, war bei ihm in dem Moment beschlossene Sache, da ihm die Kommission des Reichstages seine Dispositions-gelder um 10 000 Mk. gekürzt hat, obwohl ganz besondere Anforderungen der Repräsentation gerade an den Gouverneur von Riantschou gestellt werden und unser Angehener im fernen Osten es dringend erheischt, daß wir gegenüber anderen Nationen gerade auf diesem Gebiet nicht knausern. Für Admiral v. Truppel wird diese Ehrung eine persönliche Genug-tung sein, es bleibt aber höchst bedauerlich, daß wir infolge jenes Reichstagsbeschlusses einen so bewährten Gouverneur aus dem Reichsdienste verlieren.“

Genau das Gegenteil von dem ist richtig. Es ist schon mehrfach in der Budgetkommission des Reichstages versucht worden, die enorm hohen Repräsentationskosten des Gouverneurs von Riantschou zu kürzen, gerade aber mit Rücksicht darauf, daß Admiral Truppel diesen Posten schon längere Zeit bekleidete, hat die Mehrheit der Budgetkommission stets von Abstrichen abgesehen. Erst als in diesem Frühjahr bekannt wurde, daß Admiral Truppel auf alle Fälle zurücktreten wird, hat die Budgetkommission den Beschluß gefaßt, die Repräsentationskosten seines Nachfolgers um 10 000 Mk. zu kürzen. Es ist also direkt gelogen, wenn das Eiman-Blatt eine andere Darstellung dieses Vorfalles gibt.

### Patriotischer Tanz und Trunk.

Dem Patriotismus schlägt keine Stunde. Er muß sich immerfort betätigen und will sich nimmer erschöpfen und leeren. Dafür leeren aber Patriotenkehlen umso mehr Bierkrüge und Weingläser. Offenbar aus dieser Erwägung hat der Polizeipräsident von Stettin für die Kaiser-tage vom 27. bis 29. August den Gastwirten, mit Ausnahme der Sünder mit Damenbedienung, die unbeschränkte Polizeistunde (so heißt das amtlich) gewährt, die Restaurationen brauchen also überhaupt nicht zu schließen. Und die Saalbesitzer können einen der drei Patriotentage nach freier Wahl als Tanztag bis 2 Uhr nachts haben. Diese polizeiliche Kaiser-tags-Freiheit wird gerade in Pommern den Wert patriotischer Gesinnung recht augenscheinlich machen. Dort, wo Lokale, die fortschrittlichen oder gar sozialdemokratischen Versammlungen

offen stehen, mit der Verkürzung der Vollzeitsunde zur Raison gebracht werden, muß auch gezeitigt werden, wie man den Patriotismus lohnt.

### Eine Reichstagsnachwahl

wird voraussichtlich im Kreise Oepeln 8 (Kallbor) stattfinden. Dort ist der Zentrumsgewählte Frank gestern gestorben. Bei der letzten Wahl erhielten: Zentrum 1141, Reichspartei 5105, Pole 4591 und Sozialdemokratie 1294.

### Vom Blockjüngling.

Von dem famosen Plane, in Berlin eine Marokko-Volkerversammlung abzuhalten, hat man seit der ersten Ankündigung nichts vernommen. Jetzt aber veröffentlicht, wie gestern schon kurz gemeldet, der Herr Dr. Hecker, der fortschrittliche Abgeordnete, der neben den Herren Lattmann und Erzberger und anderen Blauschwarzen als Redner in Aussicht genommen war, im „Hamb. Fremdenbl.“ folgende Erklärung:

„Ich weiß von meiner Beteiligung an einer Marokko-Volkerversammlung nur aus den Zeitungen, habe also weder zugesagt, noch abgelehnt. Ohne zu dem Marokkofreit irgendeine Stellung zu nehmen, erkläre ich mich durchaus gegen eine solche öffentliche Rundgebung, weil ich für die Entscheidung von Fragen der auswärtigen Politik, noch dazu in kritischen Momenten, die Volkerversammlung nicht für das geeignete Forum halte.“

Außer der Feigheit, mit der dieser Fortschrittler sich um eine Stellungnahme herumdrückt, ist die Unverschämtheit bemerkenswert, mit der dieser Volkvertreter der Volkerversammlung das politische Urteil abspricht. Diese arrogante Überhebung wird dem aufgeblasenen Herrn schon noch unangenehm werden und wir zweifeln nicht daran, daß das deutsche Volk bei den nächsten Wahlen dem Herrn beweisen wird, daß die Geringschätzung zum mindesten eine gegenseitige ist.

Interessanter ist allerdings, was die Fortschrittspartei zu dieser Beleidigung des Volkes durch eines ihrer Mitglieder zu sagen haben wird.

### Schändliche Wählerbeeinflussung.

Die „Königsberger Hartungische Zeitung“ veröffentlicht einen krassen Fall von Terrorismus. In Tapiau fand am 7. August eine Stadtverordneten-Ergebniswahl statt, für die von einer Anzahl Wähler in einer Versammlung ein Gärtnereibesitzer als Kandidat vorgeschlagen wurde. Zu dieser Wählerabteilung gehören nahezu die sämtlichen Unterbeamten der Tapiauer Landespflege- und Srenanstalt in einer Stärke von 70 bis 80 Personen. Am Wahltage erhielten die Beamten einen entsprechenden Urlaub, damit sie zur Wahl gehen könnten. Aber ehe sie wählen gingen, wurden sie zusammenberufen, um die „Wahlparole“ in Empfang zu nehmen. Ein mittlerer Beamter erteilte ihnen den Befehl: „Schr werdet sämtlich zur Wahl gehen und habt alle den Anstaltssekretär G. zu wählen.“ Die Beamten traten auch alle zur Wahl an und wählten, wie ihnen befohlen worden war. Nur einige hatten den Mut gehabt, nicht den Herrn Anstaltssekretär zu wählen. Sie wurden von einem ihrer Vorgesetzten zur Erklärung aufgefordert, wie sie dazu kämen, dem Befehl zu wider zu handeln und einem anderen ihre Stimme zu geben, als dem Anstaltssekretär G.

Die Beamten haben abgelehnt, auf diese Frage eine Erklärung abzugeben. Ein mittlerer Beamter hat noch versucht, nach der Wahl die Wählerlisten einzusehen, um festzustellen, wer dem „Befehl“ zuwidergehandelt hat.

### Die Handhabung des Vereinsgesetzes

wird jetzt auch den Fortschrittlichen un bequem. Im Kreis Gränberg veranstalteten die Fortschrittler eine Versammlung, meldeten sie rechtzeitig beim Amtsvorsteher an, der indessen unterließ, die erforderliche Bescheinigung auszustellen. Die Versammlung wurde abgehalten und hinterher erhielten die Veranstalter noch eine Anklage wegen Übertretung des Vereinsgesetzes. In der Voruntersuchung bestritt der Amtsvorsteher Bartisch-Pirng, eine Anzeige über die anberaumte politische Versammlung erhalten zu haben. Vor dem Schöffengericht Kontopp wurde aber durch den Angeklagten zweifelsfrei nachgewiesen, daß der Brief mit der Anzeige durch die Post zur Abendung gelangt war. Unter Eid mußte schließlich der Amtsvorsteher den Eingang des Schreibens zugeben, und er tat das in einer Weise, die die größte Bewunderung erregen muß. Er leitete nämlich seine Aussage mit den Worten ein: „Wenn ich die Wahrheit sagen soll . . .“ Selbstverständlich erfolgte darauf durch den Richter ein nicht mißzuverstehender Hinweis, daß er die volle Wahrheit zu hören erwarte, daß die Aussage unter Eid erfolge. Auch wurde der Zeuge an seine Aussage in der Voruntersuchung, die gegenteilig lautete, erinnert. Hätte er damals den Eingang des Schreibens zugegeben, so wäre es gar nicht zur Hauptverhandlung gekommen.

Kiedel mußte natürlich auf Grund der Beweisaufnahme freigesprochen werden, und es wurden nicht nur die Kosten des Vorverfahrens, sondern auch die Kosten der Verteidigung, sowie die baren Auslagen des Angeklagten der Staatskasse auferlegt. Seiner Dienstamtsweisung gemäß hat der Amtsvorsteher dann gegen das schöffengerichtliche Urteil Berufung eingelegt. Diese wurde aber von der Staatsanwaltschaft Olgau noch vor der Hauptverhandlung zurückgezogen, so daß das freisprechende Urteil Rechtskraft erlangt hat.

### Der Sonntag als Wahltag.

Die vernünftige Forderung, die Wahltag auf den Sonntag zu verlegen, um allen Gesellschaftsklassen Gelegenheit zu geben, ihr Wahlrecht auszuüben, kommt immer mehr zu ihrem Rechte. Soeben hat der Königshberger Magistrat auf Ersuchen des sozialdemokratischen Vereins beschlossen, die diesjährige Stadtverordnetenwahl an einem Sonntag vornehmen zu lassen.

### Der neueste Kniff der Marokko-Interessenten.

Durch die öffentliche Erklärung der Abgg. Dr. Hecker und Erzberger, daß sie in der angekündigten großen Versammlung, die zur Unterstützung der Marokko-Interessenten einberufen werden soll, nicht sprechen werden, erfährt man jetzt, wer hinter der ganzen Veranstaltung

steckt. Es ist dies die „Vaterländische Gesellschaft zur Verbreitung von Geschichtskennntnissen“, die in den weitesten Kreisen völlig unbekannt, es sich zur Aufgabe gemacht hat, in Deutschland Versammlungen dieser Art einzubringen. An der Spitze dieser Organisation steht ein gewisser Kuhn, der sich als kgl. Leutnant a. D. bezeichnet. Man weiß also jetzt, von wem die Feuer geschürt werden, durch die die „Volksseele“ zum Kochen gebracht werden soll.

### Der Marokkohandel.

Der „Daily Telegraph“ bringt wieder einiges über die angeblichen Austauschobjekte zwischen Deutschland und Frankreich. Das englische Blatt schreibt:

„Als Entschädigung für die Aufgabe seiner Interessen verlangte Deutschland ein großes Stück des Kongo. Diese Forderung wurde sofort von Frankreich abgewiesen, worauf Deutschland seine Ansprüche mäßigte, doch galten diese noch immer als zu hoch. Frankreich offerierte nun einen gewissen Teil des Kongo, was aber von Deutschland als nicht genügend beachtet wurde. Dies war die Lage, als Ribblesden-Wächter nach Wilhelmshöhe und Jules Cambon nach Paris abreisten. Cambon bespricht jetzt die ganze Lage mit seiner Regierung, und es ist alle Ursache zu dem Glauben vorhanden, daß, wenn die beiden Bevollmächtigten in Berlin wieder zusammentreffen, die Verhandlungen auf einer Basis fortgeführt werden, die wohl zu einer Verständigung führen wird. Was die französische Regierung jetzt hauptsächlich beschäftigt, ist die Form, in der Deutschland Frankreich freie Hand in Marokko geben soll. Es ist wünschenswert, dies so klar und präzis zum Ausdruck zu bringen, daß, sollte Frankreich ein Protektorat über Marokko errichten, die deutsche Diplomatie nichts mehr dagegen einwenden kann.“

### Hausarbeitsgesetz und Lohnämter.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Unter den Vorlagen, die vom Reichstag in seiner Herbsttagung noch erledigt werden sollen, befinden sich auch das Hausarbeitsgesetz. Man hatte früher an dem Zustandekommen des Gesetzes gezweifelt, weil zu erwarten ist, daß die Mehrheit des Reichstages sich wieder für die Errichtung von Lohnämtern für die Hausarbeit aussprechen würde, obwohl sie in der Kommission mit Stimmgleichheit abgelehnt war. Damals stand die Reichsregierung der Errichtung von Lohnämtern ablehnend gegenüber. In unterrichteten Kreisen nimmt man jedoch an, daß in dieser Beziehung ein Wandel in den Anschauungen der maßgebenden Stellen eingetreten ist. Die Beschlüsse des Heimarbeitertages im Beginn dieses Jahres dürften in dieser Frage auch von gewisser Bedeutung gewesen sein. Falls der Reichstag mit einer nennenswerten Mehrheit sich im Herbst für die Lohnämter aussprechen sollte, dürfte die Reichsregierung kaum Einspruch dagegen erheben. Auch in Österreich hat man zur Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Heimarbeit sich zur Errichtung von Lohnämtern in der Kleider-, Schuh- und Wäschewarenindustrie entschlossen. In England und ebenso in Australien sind gleichfalls für eine Reihe von Gewerben der Hausarbeit Lohnämter errichtet.“

Unmöglich ist es nicht, daß die Regierung in der Frage der Lohnämter noch nachgibt, um noch einen kleinen Wahlköder für die Heimarbeiter zu schaffen.

### Der Kriegsruf des Herrn v. Einem.

Der frühere Kriegsminister, jetzt kommandierende General v. Einem fühlt sich offenbar zu noch recht hohen Aufgaben berufen. Auf dem deutschen Kriegerverbandstag, der vor einigen Wochen in Detmold versammelt war, hat Herr v. Einem eine Rede gehalten, die er jetzt in ihrem Wortlaute bekannt wird. Er führte folgendes aus:

„Wir stehen hier auf historischem Boden. Vor 1900 Jahren ist hier zum ersten Male der furor teutonicus auf den Bedrücker deutschen Volkstums vernichtend herniedergefahren. Seit dieser Zeit haben unsere Feinde diesen furor oft erfahren. Vor 100 Jahren hat er unter Preußens Führung den vaterländischen Boden von dem welschen Eroberer befreien helfen, und vor 40 Jahren haben viele von den hier Anwesenden diesen furor selbst erlebt und sind von ihm ergriffen und begeistert worden zu Kampf und Sieg. Damit wir auch künftig siegen, muß der feste eiserne Wille zum Siege vorhanden sein. Dieser feste Wille ist bei uns vorhanden. Wir selbst wissen es und es wird gut sein, daß es auch die anderen wissen.“

Es steckt ohne Zweifel eine bestimmte Absicht dahinter, daß gerade jetzt in diesem kritischen Augenblick durch die „Kriegshäuser-Korrespondenz“ der Wortlaut dieser Rede veröffentlicht wird, denn es ist nicht zu verkennen, daß namentlich aus dem letzten Satz eine deutliche Drohung gegen Frankreich herausklingt. Gerade ein General in der Stellung des Herrn v. Einem sollte sich doppelt hüten, in dieser provozierenden Weise sich auszulassen.

### Frankreich.

**Wasser- und Luftmilitarismus.** Nach einem Telegramm aus Paris schlägt der Deputierte Nail in dem namens der Marinekommission erstatteten Bericht über das Flottenprogramm vor, für dessen Durchführung 1800 Millionen Franks zu bewilligen. Davon sollen 1200 für die Unterhaltung und 600 für die Vermehrung der Flotte verwendet werden. Diese außerordentlichen Ausgaben sollen auf die Budgets von 1912 bis 1919 verteilt werden. Ausführlich beschäftigt sich Nail in dem Bericht mit der Luftschiffahrt im Dienste der Marine, wobei er betont, daß Deutschland die einzige Macht sei, die gegenwärtig eine Flotte Lenkbalkons mit zahlreichen Schuppen und sonstigen dazu gehörigen Anstalten besitze.

### Portugal.

**Von der alten Königswirtschaft.** Die mit der Prüfung der Borstasse an das Königshaus betraute Kommission stellte nach einem Telegramm der „Frankf. Zig.“ aus Lissabon fest, daß diese 4900 Kontos (ein Konto gleich zirka 4500 Mk.) betragen. Wie außerdem festgestellt wurde, wurden im Jahre 1906 ungelegliche Vorschüsse an Private und Beamte, rückzahlbar

1956, gegeben. Die Summe, von der nicht festzustellen ist, ob sie gesetzliche Anwendung gefunden hat, wurde seit 1898 mit 35 000 Kontos ermittelt. Der Kommission wurden weitere 30 Tage zur Erledigung ihrer Arbeiten gegeben. Dann soll die Angelegenheit den Gerichten übergeben werden, damit sich der Staat durch beschlagnahmte Güter der Familie Braganza bezahlt machen kann.

### England.

**Die Streikdebatte im Unterhause.** Im Unterhause unterzogen die Mitglieder der Arbeiterpartei das Vorgehen der Regierung gegen die Verwendung der Truppen beim Londoner Krawall einer scharfen Kritik. Es kam zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen Keir Hardie und Lloyd George. Keir Hardie schlug vor, das Haus solle sich nur für eine Woche verlagern. Lloyd George dagegen führte aus, wenn sich Umstände ergeben würden, die den Zusammentritt des Parlaments zur Genehmigung irgend einer Handlung der Regierung notwendig machen, würde man nicht zögern, das Parlament zusammenzubrufen. Das Haus vertagte sich dann bis zum 24. Oktober.

### Persien.

**Die Wirren in Persien.** Die Londoner „Morning Post“ meldet aus Teheran: Die Regierungstruppen besetzten die kaspischen Häfen wieder und schlossen den Ezschah vollständig ein. Schuas es Salkaneh soll die Gewalt über die Turkmenen verkleinern, die am 20. August in großer Zahl plündernd und raubend in Semnan eingedrungen sind. Bei den Turkmenentruppen des Ezschahs soll es zu beträchtlichen Desertionen gekommen sein. Emir Mussa Kham kann nicht gegen Salar ed Darleh vorgehen aus Mangel an Geldmitteln. Morgan Shuster weigert sich, um die Mittel zu gewähren, was zu einer starken Reibung zwischen dem Ministerium und Shuster führt.

### Vereinigten Staaten.

**Roosevelt verzichtet.** Nach einem New Yorker Telegramm des „B. L.“ ersuchte Roosevelt den Herausgeber des „Pittsburgh Leader“, Alexander Moore, in einem Schreiben, seine Freunde mögen ihn nicht als Präsidentschaftskandidaten für die im Jahre 1912 stattfindende Wahl aufstellen. Er ersucht, jede Bemühung, für ihn eine Nominierung einzuleiten, zu verhindern, da sie nur zwecklos im Lande Mißbilligkeiten bereiten würde. Der „Leader“ erklärt, er werde den Wunsch Roosevelts respektieren, obwohl er ein Anhänger der Wiederwahl des ehemaligen Präsidenten sei.

### Und Roosevelt sprach . . .

Aus New York wird uns geschrieben: Mit der köstlichen sensationellen Vernehmung des Ex-Präsidenten Roosevelt und dieserer Stahlmagnaten vor dem mit der Stahltruff-Untersuchung beschäftigten Kommission des Bundesparlaments in Washington ist nun genügend Klarheit geschaffen sowohl über das freche Spiel, das die amerikanische Plutokratie im Krisenjahre 1907 mit der Republik getrieben hat, als auch über die Wackelhaftigkeit des „rauen Reiters“ von damals. Roosevelt selber wiederholte im Grunde nur, was man über seine passiven Helfersdienste, dem Stahltruff bei der geschwindigen Verschlingung der Tennessee Coal and Iron Comp. geleistet, längst wußte. Nach der Lesart der Stahlbarone, von der Roosevelt sich auch jetzt noch stellt, als ob er sie glaube, haben sie jene „Transaktion“, die ihnen erst das Monopol auf dem amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt schaffte, nur aus purer Menschenfreundlichkeit unternommen, nämlich um die eingerissene Finanzpanik zu „stoppen“. An einem jener kritischen Herbsttage erschienen plötzlich Gary und Frick als bevollmächtigte Gesandte des Stahltruffs im Weißen Hause. Sie erklärten Roosevelt — wie dieser mit zweifelhafter Naivität in seinem berühmten, jetzt wörtlich vorgelegten Bericht an den Justizminister Bonaparte meldet — „daß da eine gewisse Firma (welche, wurde mir nicht gesagt, sie ist aber von großer Wichtigkeit innerhalb der New Yorker Geschäftswelt) noch im Laufe der Woche unzweifelhaft in Konkurs geraten müsse, wenn nicht helfend eingegriffen würde. Die Aktivbestände sind meist Sccuritäten der Tennessee Coal Comp., und an die Stahl-Korporation ist nun das dringende Ersuchen gerichtet worden, diese Papiere zu erwerben und damit die genannte Kompagnie vor dem Bankerott zu retten. Richter Gary und Herr Frick verständigten mich, daß ihnen vom geschäftlichen Standpunkte aus garnichts an der Erwerbung liege, . . . zumal daraus die Beschuldigung abgeleitet werden würde, daß es ihnen um die Beseitigung der Konkurrenz und die Aufrichtung eines Monopols zu tun gewesen sei, daß sie aber auf den Handel eingehen wollten, weil alle Sachkenner in New York darin übereinstimmten, daß dieser ein wichtiger Faktor für die Abwendung einer ruinösen Panik sein würde. . . Gleichwohl versicherten sie, die Finger davon lassen zu wollen, wenn ich den Handel für unerlaubt hielt. Ich erwiderte, daß ich ihnen natürlich nicht raten könne, in der beabsichtigten Weise vorzugehen, daß ich mich aber amtlich nicht veranlaßt sehen würde, Einwendungen zu machen.“ Diese Immunitätsklärung Roosevelts war natürlich alles, was die Emiffäre Morgans wünschten, um trotz Anti-Monopol-Gesetz die monopolistische Transaktion ins Werk zu setzen. Roosevelt, der Truff-Jerschmetterer („Truff-buster“), hatte der unverkündeten Drohung mit der wirtschaftlichen Panik, die ihn seine politische Karriere verdorben hätte, nachgegeben. . . Denn selbstredend wußte Teddy schon damals, daß es sich bei der ganzen Krise nur um eine berechnete Maché des Großkapitals handelte, das die in eine lästige Mittelstands-Demagogie verrannte Regierung klein kriegen wollte. Zu allem Überflus bezeugte jetzt vor derselben Parlaments-Kommission der angeblich von den Stahltruff-Engeln getretete Finanzier Grant B. Schley, daß an dem ganzen Rettungs-Epos kein wahres Wort sei, da er sich überhaupt niemals in Gefahr des Konkurses befunden habe, und insbesondere weist er die Darstellung, als ob er den Stahltruff, wie in dem Roosevelt-Briefe wiederholt wird, um Hilfe angegangen habe, als Lüge zurück. Übrigens stellt sich jetzt vor dem

Parlaments-Kommission heraus, daß die Werke der Tennessee Coal Comp., die der Stahltrüß philanthropischerweise für einen Pappenstiel an sich zu bringen mußte, tatsächlich wertvoller waren, als die alten Werke des Trüßts selber. Die Untersuchung der Stahltrüß-Affären hätte von Nutzen sein können, wäre sie nur vier Jahre früher gekommen und hätte sie im Weißen Hause einen ersten Mann vorgefunden, der sich getraute, der Aufdeckung jener verbrecherischen Machinationen des Großkapitals das Strafgericht folgen zu lassen.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 24. August.

**Achtung, Maler!** Die Werkstätte Niset in Schlutup ist nach wie vor wegen Nichtanerkennung des Tarifes gesperrt. Der Vorstand.

**Achtung, Tapezierer!** Der Streik ist beendigt, Zugang ist aber trotzdem streng fernzuhalten, da die sämtlichen im Streik gestandenen Kollegen noch außer Arbeit sind. Der Vorstand.

**Die Firma Klocken, Möbelgeschäft, Königstraße 65-67,** ist wegen Tarifbruch für Tapezierer gesperrt. Kein Tapezierer fange dort an zu arbeiten.

**Achtung, Bauarbeiter!** Wegen Nichtanerkennung des tariflichen Lohnes für Maurer ist über die Tiefbaustraße Logner die Sperre verhängt. Der Vorstand.

**Achtung, Maurer und Hilfsarbeiter!** Über die Arbeiten des Unternehmers Beth in Badendorf ist wegen Nichtanerkennung des Tarifs die Sperre verhängt. Die Zweigvereinsleitung.

### Die Presse und die proletarischen Frauen.

Der Kapitalismus hat sich in kühnem Sprunge über die Schranken des Geschlechts hinweggesetzt. Zu Millionen stehen heute die Proletarierinnen im Produktionsprozeß, losgerissen von Haushalt und Familie. Fließen die Bräusen von der Heiligkeit der Mutterschaft auch wie Honigseim von den Lippen mancher Parisier, für die Arbeiterin sind sie oft schädlicher. Wann darf sie ihren Schmerzenskindern die liebevolle Mutter sein? Wenn sie sie in grauer Frühe aus dem Bettchen reißt, um sie bei kalten fremden Leuten unterzubringen, während sie selbst im dumpfen, brausenden Fabriksaal steht, um ein lazes Stück Brot für die hungrigen Mäuler zu erjagen? Die Proletariermutter als Bildnerin und Erzieherin der Jugend? Diese zerknetenen Frauen, für die der Staat und die Gesellschaft niemals die Mittel hatten, um sie in der Schule und im späteren Leben aus den Quellen des Wissens schöpfen zu lassen! Die müden Seelen, die zermürbt sind, und die ihre Spannkraft verloren haben in dem grausamen Kampfe ums Brot, dessen Evangelium aus den Versen Thomas Hood's so erschütternd klingt:

„Schaffen! Schaffen! Schaffen!  
Sobald der Haushahn wacht!  
Und Schaffen — Schaffen — Schaffen  
Bis die Sterne glühn durchs Dach!

Für die Proletarierin hat kein Herrgott den siebten Tag zum Ruhetage eingeseht. Wenn sie der Fron des Kapitalisten auf ein paar Stunden entronnen ist, dann lassen ihr die Pflichten des Haushaltes nicht Raft noch Ruh. Sie muß waschen und flicken und pugen, um nur das Notdürftigste in Ordnung zu halten. Da bleibt ihr kaum eine Minute Zeit zum Atemholen, geschweige denn, daß ihr die Möglichkeit würde, Geist und Gemüt so zu bilden, wie es ihr und ihren Kindern nützlich und notwendig wäre. — Und doch ist ein dringendes und zwingendes Erfordernis für den Klassenkampf des Proletariats, daß die Trägerinnen seiner Zukunft, die Frauen und Mütter der Beschloßenen nicht länger in dumpfer Unwissenheit und Indolenz dahinleben und so zum Hemmschuh für unsere Emanzipationsbestrebungen werden. Sie müssen zu tapferen, klassenbewußten Mitkämpferinnen erzogen werden, die mit uns in Reich und Glied unter das rote Banner treten, die auch unsere Kinder zu uns führen. Wir allein kämpfen dafür, daß den sonnenbeschuligten Proletarierkindern eine sorglose, heitere Kindheit, eine schöne, gehaltvolle Jugend, ein menschenwürdiges Dasein werden möge. Können wir, um zu diesem hohen Ziele zu gelangen, der treuen Mitarbeit der Mütter entraten, die jene Kinder unter Schmerzen gebären, in harten, herben Kümernissen heranbilden müssen? Wir können es nicht. Und darum müssen wir diese Mütter selbst für ihre großen Aufgaben erziehen. Wir müssen den Jahrtausenden alten finsternen Vann aus den armen Weiberhirnen verschleusen, müssen sie aus den dumpfen Tiefen der Knechtseligkeit in das reine Höhenlicht freien Menschentums erheben.

Ein wirksames Mittel haben wir für diesen Zweck: Unsere Presse! Die Presse, dieser treueste Eckart des Proletariats, sie wird auch in unseren Frauen den Prometheusfunken entzündend, der in jedem Menschen schläft — den Drang nach Wissen. Die Proletarierin, die keine Zeit hat, die noch so reichen Schätze eines umfangreichen Buches sich zu eigen zu machen, sie wird sich doch die Minuten abstehlen können, um ihre Zeitung zu lesen. Ihre Zeitung, ein Arbeiterblatt, das in ihrer eigenen ungekünstelten Sprache ihr sichtlich erzählt von dem herzbrechenden Jammer ihrer Klasse, das ihr in dem Leide und dem Elend ungezählter Namenloser ihr eigenes Leid und das ihrer Kinder aufzeigt; die schonungslos die kapitalistische Gesellschaft mit ihren ekelhaften Gebrechen an den Branger stellt und alle, die mühselig und beladen sind, aufrüst zum Kampf gegen den gemeinamen Feind.

Es gibt bekanntlich noch eine andere Art von Presse, die von den herrschenden Volksverberbern unterhalten und bestimmt ist, der Arbeiterschaft das klare Geistesbrümmlein zu trüben und zu vergiften: die bürgerliche. Bei jedem Streik, bei jeder politischen Veranlassung fallen die bürgerlichen Blätter über das Proletariat und seine Führer her, um ihre Bestrebungen als lästerliche Hirngespinnste närrischer Gaukler hinzustellen. Mit billigen Mädchen, byzantinischen Lobhudeleien und frömmelnden Traktätschen suchen sie die Arbeiterinnen von der Beobachtung des wirklichen Lebens abzuhalten, damit sie vergessen, sich fastige Früchte vom Baume der Erkenntnis zu langen. Jede Arbeiterin, die auf Ehre und Reinlichkeit hält, darf darum ein bürgerliches Blatt in ihrer Wohnung nicht dulden, weil sie sich nicht für ihre sauer verdienten Pfennige beschimpfen und verdummen lassen darf. Das ist sie sich selbst, das ist sie ihrer ganzen Klasse schuldig. Gerade für die Proletarierfrau gilt das Wort, das die tapfere Mutter Goethes einst geprägt hat: „Vom Baume der Erkenntnis kann man nicht genug Äpfel essen“. Erkenntnis tut euch not, ihr Schwesterinnen in Stadt und Land! Erkenntnis eurer elenden Lage, damit ihr lernen könnt, sie in bessere umzugestalten. Erkenntnis eures Wertes, auf daß ihr in den Stand gesetzt werdet, euch von der Gesellschaft die Achtung zu erzwingen, die euch als gleichgeborene Menschen, als Frauen und

Mütter, gebührt. Erkenntnis endlich eurer großen Pflichten, die ihr gegen eure Kinder, eure Klasse, gegen die ganze Menschheit zu erfüllen habt. Lernet die Quelle beachten und schätzen, die diese Erkenntnis euch erschließt, Proletarierinnen! Werdet denkende Leser unserer, eurer Presse, sorgt dafür, daß sie von allen euren Arbeits- und Lebensgenossen gelesen wird. Dann werdet ihr auch in Stande sein, aus euren Kindern einst Menschen zu formen nach einem schönen stolzen Bilde, stark und kühn genug, um Blitze vom Himmel zu reizen, um damit die Erde zu erhellen.

**Schulische Zustände** schelen sich bei den Sietarbeiten am Hanfaring, Vorstadt St. Lorenz, einzubürgern. Dort führt die Firma Slogner Sietarbeiten aus. Statt nun dabei hiesige Arbeiter zu beschäftigen, importiert man russische Arbeitskräfte nach hier. Warum? Weil dieselben nur wenige Ansprüche machen und nicht als Menschen, sondern wie Nomaden leben. Wohnungsgeld wird gespart, dafür klapieren diese Russen in der Baubude im Stroh. Ob dies unter den Augen der Polizei geschieht, mag dahingestellt sein; jedenfalls wäre hier Abhilfe dringend notwendig.

**Vor dem Oberkriegsgericht.** Der Mustetier R. von der 2. Kompagnie Inf.-Regts. Nr. 162, Lübeck, war vom Kriegsgericht wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe und veruchter Urkundenfälschung zu 43 Tagen Gefängnis verurteilt, dagegen von der Anklage des Betruges freigesprochen worden. Die Anklage hatte darin einen Betrug erblickt, daß der Angeklagte nach der Übersetzung seines Urlaubs das Datum auf der Urlaubskarte geändert und darauf eine Militärfahrkarte erhalten hatte. Gegen das kriegsgerichtliche Urteil hatte der Gerichtsherr Berufung eingelegt, weil er auch eine Verurteilung wegen Betrugs am Plage hielt. In der gestrigen Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht konnte aber, wie in der Vorinstanz, nicht festgestellt werden, daß R. auf Grund der gefälschten Urlaubskarte wirklich eine billigere Fahrkarte erlangt hatte, weshalb auf Verwerfung der Berufung erkannt wurde.

**Doppel-Badeanfall Falkenwiese.** Die Temperatur betrug am 23. August, morgens 6 Uhr: Wasser 18, Luft 14; morgens 10 Uhr: Wasser 18½, Luft 18; mittags 12 Uhr: Wasser 18½, Luft 21; abends 6 Uhr: Wasser 19, Luft 19 Grad Celsius. Zahl der Badenden: etwa 400 männliche (darunter 3 Klassen mit 90 Schülern) und 300 weibliche Personen.

## Den Panzerplattenpatrioten und chauvinistischen Kriegsbebern soll am kommenden Sonnabend in einer großen Volksversammlung

gründlich die Meinung der werktätigen Bevölkerung Lübecks gesagt werden. Referent ist der Genosse

### Reichstagsabgeordneter Scheidemann.

Arbeiter, Parteigenossen, sorgt dafür, daß sich die Versammlung zu einer gewaltigen Kundgebung gegen den verbrecherischen Krieg gestaltet!

**Öffentlicher Schlachthof.** Es wurden geschlachtet: Im Monat Juli 1911 — Ochsen, 328 Bullen, 1451 Kühe und Starks, 539 fette Kälber, 198 nuchterne Kälber, — Lamme, 5 Fiegen, 2749 Schweine, 699 Schafe, 26 Pferde, zusammen 5076 Tiere gegen 5995 Tiere im Juni 1910. — Beanstandungen: 1. Untauglich der ganze Tierkörper, gänzlich vernichtet: 1 Schwein wegen Gelbsucht, 1 Kuh wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel. 2. Im Dampfdesinfektor gefodet: 1 Kuh wegen Tuberkulose, 2 Schweine wegen Tuberkulose, 1/4 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 1/4 Schweinefleisch wegen Tuberkulose. 3. Auf der Freibank verkauft: 1 Kalb wegen Wässrigkeit, 1 Kalb wegen im § 33 Abs. 2 der Ausführungsbestimmungen A genannter Mängel, 1 Bullen wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel, 1 Kuh wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel, 1 Schwein wegen Mieschische Schläuche, 1 Schwein wegen Gelbsucht. Außerdem sind bei den übrigen geschlachteten Tieren verschiedene einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt worden. 3088 kg Fleisch auswärts geschlachtet Tiere wurden auf dem Schlachthof untersucht. Hiervon wurden beanstandet: 1 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 1 Schwein wegen Fäulnis.

**Über die Unzulänglichkeit der Rettungsanstaltungen** resp. die falsche Anbringung derselben, soweit Unfälle im Wasser in Betracht kommen, wird uns geschrieben: „Gestern fiel beim Spielen ein Knabe in den Krähenteich und konnte durch den zufällig des Weges kommenden Theaterarbeiter Meyer, der mit voller Kleidung ihm nachsprang, vor dem sicheren Tode des Ertrinkens gerettet werden.“ — „In voriger Nacht stürzte ein Matrose bei der Kaimauer ins Wasser. Alle Rettungsversuche waren vergeblich.“ — „So meldeten an einem Tage die Zeitungen. In ersterem Falle wäre der Knabe sicher ertrunken, wenn nicht zufällig besagter Herr Meyer des Weges gekommen wäre, obwohl Leute bei dem Unglücksfall zugegen waren. Ich möchte nun bei dieser Gelegenheit einen Umstand zur Sprache bringen, der bei diesen Unglücksfällen von großer Bedeutung ist. Woher kommt es, daß in vielen Fällen die Rettungsversuche leider vergeblich verlaufen? Weistens daher, daß keine Gegenstände zur Rettung vorhanden sind. „Aber wir haben doch Rettungsbälle und -ringe an verschiedenen Stellen unserer Wasserstraßen angebracht.“ wird die in diesem Falle zuständige Behörde sagen. Sicher stimmt dies. Diese Rettungsgegenstände sind jedoch meistens an Stellen angebracht, wo sie tatsächlich als überflüssig bezeichnet werden müssen. Anstatt sie an Orten aufzustellen, an denen eine Rettung voraussichtlich mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, bringt man die Rettungsbälle usw. bei der Struckfähre, Kanalfähre, Bootshäusern u. dgl. an, wo sowieso Bote zur Rettung Verwendung stets vorhanden sind. Der Zweck dieser Zeilen ist, hierin Wandel zu schaffen und anzuregen, die Rettungsanstaltungen in größerer Anzahl und zweckmäßiger anzubringen, als das bisher der Fall war.“

**Aufgehobenes Konkursverfahren.** Das Konkursverfahren über das Vermögen des Händlers Bruno Kay in Lübeck wird, nachdem die Schlußverteilung erfolgt ist, hiermit aufgehoben.

„Don Cesar“ gelangt, wie bereits mitgeteilt, am Montagabend als Vorstellung für den Arbeiterbildungsverein im „Stadthallen-Theater“ zur Ausführung. Die Titelpartie wird der beliebte Tenorist Fr. K. Redwich vom Neuen Operettentheater in Berlin singen. Trotz des kalten Wetters dieses vortrefflichen Künstlers beträgt der Eintrittspreis nur 40 Pf. Niemand sollte versäumen, diese interessante Vorstellung zu besuchen.

**Internationale Ringkämpfe im Haus-Theater.** Mittwochabend siegte Müller (Wapern) über Koch (Seipzig) in 3 Minuten durch Untergriff von vorne. Mourzouk (Marokko) und Michailoff (Rußland) kämpften 30 Minuten lang unentschieden. Hansen (Dänemark) besiegte Buchheim (Sachsen) in der Gesamtzeit von 57 Minuten durch Kopfschlag am Boden.

**Stadthallen-Theater.** Man schreibt uns: Als Fremden-Vorstellung zu ermäßigtem Preise, 75 Pf. und 50 Pf., geht Freitag nochmals Beyerleins „Zapfenstreich“ in Szene und am Sonnabend ist der letzte vollständige Operettenabend: „Die Glocken von Corneville“. Weitere billige Operetten-Aufführungen sind ausgeschlossen, da schon am 31. August die Operettenspielzeit beendet ist. Für Sonntag ist eine große Doppel-Vorstellung in Aussicht genommen und wird Herr Grassi wieder den Peter Doorn in Max Halbes „Der Strom“ spielen, eine Rolle, die ihm am Mittwoch so großer Beifall brachte. Biletbestellungen werden schon jetzt bei F. Nagel und an der Stadthallenkasse entgegengenommen.

**Schwartau.** In der Frauenversammlung am morgigen Freitag im Gasthof Transvaal wird Genosse Lorenz-Lübeck einen Vortrag über die Rechte und Pflichten der Frauen in den Krankenkassen halten. Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

**Schwartau-Rensfeld.** Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet am Freitag, dem 25. August, nachmittags von 5 bis 8 Uhr im Lokale des Herrn Binkert „Gasthof Transvaal“ statt.

**Kiel.** Die ungerechte Bezirkseinteilung für die Kieler Stadtverordnetenwahlen. Der Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion auf Revision der Wahlbezirke und der Antrag Lorenzen auf Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten und der Wahlbezirke wurden in der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag nachmittag verhandelt. Die Ungerechtigkeit der jetzigen Bezirkseinteilung, die durch unsere Redner drastisch illustriert wurde, mußte zwar auch von der rechten Seite des Hauses anerkannt werden, aber: Nur nicht so eilig, auf alle Fälle nicht in diesem Jahre reformieren, das war das Leitmotiv, das durch alle Äußerungen der bürgerlichen Redner klang. Die Absicht, die damit verfolgt wurde, ist zu durchsichtig, als daß sie verborgen bleiben kann. Man will Zeit gewinnen, um die Bezirkseinteilung oder das Wahlsystem überhaupt den bürgerlichen Interessen anzupassen. Diese Absicht wird noch unterirdisch durch die Ablehnung des Amendements Adler zu dem Lorenzenischen Antrage. Dieses Amendement wollte, daß die Forderungen des Antrages Lorenzen noch vor den diesjährigen Wahlen durchgeführt werden. Der freisinnige Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete Hoff wird den Tag in seinem Kalender schwarz anstreichen müssen. Die „liberalen“ Grundsätze, die er in dieser Sitzung zum besten gab, wurden von unseren Genossen gehörig angenagelt.

## Theater und Musik.

**Stadthallen-Theater.** „Der Strom“, Schauspiel in 3 Akten von Max Halbe, gelangte gestern zur Aufführung, um einen jungen Lübecker Künstler in der Rolle des Peter Doorn von seinen Verwandten und Bekannten bewundern zu lassen. Oskar Grassmi, so heißt der Herr, ist aber derartigen Aufgaben, wie sie ihm hier gestellt werden, noch nicht gewachsen. Harte Charaktere, wie der des Peter Doorn, werden dadurch noch lange nicht richtig gezeichnet, daß man den ganzen Abend mit Stentorstimme in den Saal — spricht. Das fällt schließlich auf die Ohren. In den gleichen Fehler, durch großen Stimmenaufwand den Mangel an genügender innerer Durcharbeitung ihrer Rollen zu verdecken, verfielen übrigens auch die meisten der andern mitwirkenden Schauspieler. Am besten gefielen uns Herr Kleinsohleg als Jakob Doorn und Fr. Bracco als Renate. Wöllig unzureichend war dagegen die Rolle des Baumeisters Heinrich Doorn besetzt. Es ist gewiß für die Regie sehr schwer, einigermaßen natürlich und wirkungsvoll so gewaltige Naturereignisse wie den Gising eines mächtigen Stromes anzudeuten; gestern glückte das nur in sehr geringem Maße. Das Publikum sah jedoch über die Schwächen der Vorstellung hinweg und spendete lebhaften Beifall. P. L.

## Literarisches.

Für Mecklenburgs schöne Forste und Seen bietet wanderlustigen Automobilisten und Radfahrern die neueste eben erschienene Karte (G. Frentags Automobil- und Radfahrkarte 1: 300.000, Blatt 3, Schwerin, ca. 60:70 Zentimeter groß, Preis 1,35 Mk., auf Leinwand gespannt 2,60 Mk. Verlag von G. Frentag u. Berndt, Ges. m. b. H., Wien VII und Leipzig) einen wertvollen Führer zu billigem Preise in vorzüglicher Ausführung. Klar und deutlich tritt das nach seiner Beschaffenheit in Höhen, gebaute Verbindungswege, Landstraßen und Nebenwege unterschiedene Straßennetze hervor, in welchem die Orientierung durch gut lesbare zahlreiche Ortsnamen, sowie durch Angabe der Entfernungen von Ort zu Ort in Kilometern und Einzigeichnung der Eisenbahnen erleichtert wird. Wenn wir unser Urteil zusammenfassen, so können wir nur sagen, daß wir für den Bereich von Fehmarn-Rostock-Stralsund-Rügen — Greifswald-Wolgast-Anklam-Stralsburg i. U. — Neustrelitz-Brigwall-Sudwigslust-Schwerin-Bismarck in Frentags Automobil- und Radfahrerkarte Blatt 3 eine sehr praktische, außerordentlich schöne und dabei billige Karte gefunden haben, deren wärmste Empfehlung uns als publizistische Pflicht erscheint. Interessenten erhalten das Blatt gegen Einzahlung des Betrages in Briefmarken von jeder Buchhandlung, eventuell auch direkt vom Verlage G. Frentag u. Berndt, Ges. m. b. H., Wien VII.

### Briefkasten.

**Freidenker.** Nach den gesetzlichen Bestimmungen muß ein Freidenker vor Gericht den üblichen Eid leisten.

**S. S. Lübeck.** Liebsteichs Fremdwörterbuch kostet gebunden 3,20 Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: E. H. Schwart, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.



# Spezial-Angebot in Arbeiter-Schuhen u. -Stiefeln.

Herren-Arbeitschuhe  
in kräftiger Ausführung . . . 5<sup>50</sup>

Herren-Arbeitsstiefel  
extra stark . . . . . 6<sup>50</sup>

Herren-Zug- u. Schnürstief.  
aus dauerh. Material 7.50, 6.50 5<sup>50</sup>

Schaffstiefel  
in spitzer und breiter Form . . . 7<sup>20</sup>

Schaffstiefel  
Rindleder, in spitzer u. breit. Form 9<sup>20</sup>

Schaffstiefel  
hoher Schaft mit Doppelsohlen 11<sup>20</sup>

Reitstiefel  
kräftiges Rindleder mit Doppel-  
sohlen . . . . . 15<sup>50</sup>

Reitstiefel  
leicht und elegant . . . . . 22<sup>00</sup>

# Conrad Tack & Cie. Schuhfabrik Burg b. M. Breite Straße 47.

Verkaufshaus Lübeck:

Breite Straße 47.

**Komitee- und  
Kommissionssitzungen**

**Arbeiter-Bildungsverein.  
Lübeck.  
Vorstands-Sitzung**  
Freitag abends 8 Uhr.

Zu vermieten eine Wohnung mit  
kleinem Laden  
Schwarzbauer Allee 228 a.

Gesucht zum 1. Oktober eine  
Zwei-Zimmer-Wohnung vor dem  
Postamt. Ang. mit Preisang. u.  
G. Z an die Exp. d. Bl.

## Brotfrau

zu sofort gesucht.  
Zu erfragen bei  
Frost, Bülowstrasse 11.

Zu kaufen gesucht  
ein **Wappenstein**  
Hüderstraße 9, 1.

Umständehalber neue mod. Schlaf-  
zimmer-Einrichtung sehr billig zu  
verkaufen Fleischhauerstr. 79, part.

Verk. 1a. junge deutsche Schäfer-  
hunde, Wolfstarbe, preiswert mit  
Stammbaum  
Dornestraße 38c.

Zu verkaufen **Dobermann-Hund**  
und **Hündin** mit Stammbaum  
Genier Str. 106, b. Brauerei Lüch.

**Ein jg. Terrier (wach)**  
billig zu verkaufen  
Israelshorner Allee 40.

## Käse! Käse!

Alle Sorten sehr billig.  
Neinverkauf vom Engros-Lager.  
Fleischhauerstraße 48.

Die Arbeiter-Garderoben  
aus dem Spezial-Geschäft von  
Lübeck **Otto Albers** Kohlm.  
Markt 4 10  
sind vorteilhaft bekannt durch  
gute Verarbeitung u. sehr billige  
Preise. U. a.:

- Lederhosen . . . 2.20—6.45
- Maurerhosen . . . 2.60—6.75
- Schlosserhosen . . . 1.88—5.25
- Überziehhosen . . . 1.08—2.35
- Zwischenhosen . . . 1.68—3.25

leimene Jacken, schräge u. gerade,  
1.28, Rajen, Hemden, Schlachter-  
jacken, Freizeithosen, Malermäntel  
erstaunlich billig. Mützen von 30  
Pf. bis 1.88 ME. Note Suberam.

**Verband der  
Fabrikarbeiter Deutschl.**  
Zahlstelle Lübeck.

**Mitglieder-Versammlung**  
am Freitag, 25. Aug.  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Abrechnung vom Stiftungsfest.  
3. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Die Ortsverwaltung.

## Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

**Vorstellung in der Stadthalle**  
am Montag, dem 28. August  
abends 8 1/4 Uhr präzise.

## „Don Cesar“

Operette in 3 Akten von R. Dellinger.  
Preis der Karte 40 Pfg.

Die Auslosung der Plätze erfolgt am **Sonnabend, dem  
26. August**, abends von 6 1/2 bis 8 1/2 Uhr im Gewerkschafts-  
haus, Johannisstraße 50-52.  
Die Karte berechtigt nicht zum Eintritt, sondern ist bei  
der Auslosung gegen Empfang der nummerierten Billetts zurück-  
zugeben.

Karten sind zu haben im Gewerkschaftshaus, Expedition  
des „Lübecker Volksboten“ und in den Verbandsbüros.

**Jg. Tauben u. Schlacht-Küchen**  
kauft **Frd. Holst**, Fleischhauerstr. 8.

**Solstenbrot** ist ein großes  
fernigeschmack-  
haftes Landbrot a 60 und 30 Pfg.  
Nur zu haben bei:  
**H. Staass**, Friedenstraße 49.

## Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der  
Buchdruckerei des **Lüb. Volksboten**.  
Johannisstraße 46.

## Freie Jugend Lübecks.

Sonntag, den 27. August:  
**Ausflug nach der  
Palinger Heide.**  
Abmarsch 8 Uhr von der Burgtor-  
brücke.

Weibliche Mitglieder  
Abmarsch 1/2 5 Uhr  
von der Burgtorbrücke nach der  
Palinger Heide.  
Der Jugendbandench.

**Arbeitersängerbund.**  
Chorprobe zur **Lafayettefeier**  
Freitag, den 25. August  
abends 8 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“



**Donnerstag, den 24. Aug.**  
Konzertanfang 8 Uhr.  
Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr.  
(12. Tag) 65 Ringen:  
**Aggeberg** gegen **Michailoff**  
(Dänemark) gegen (Rußland)  
**Mourzouk** gegen **Rosch**  
(Marokko) gegen (Leipzig)  
**Entscheidungs-Kampf:**  
**Müller gegen Hansen**  
(Europamstr.) (Dänemark)  
**Kampfrichter:** Herr Jankowsky,  
Sportkritiker  
der „B. Z.“ am Mittag“.

Vorher:  
**Gr. Spez.-Vorstellung.**  
Vorverkauf bei Sager.

## Stadthallentheater.

Freitag 8 Uhr. 69. Abonn.-Vorst.  
Logen u. 1. Bl. 75 Pfg., die übrigen  
Plätze 50 Pfg.  
Adam Beyerlein:

**Der Zapfenstreich.**  
Sonnabend: Letzter vollstündlicher  
Operettenabend.

**Die Gloden v. Corneville.**  
Sonntag: Gr. Doppel-Vorstellung

Beim Ein-  
kauf von **Margarine**  
verlange man ausdrücklich die  
verlässlichen Margarinemarken  
der  
**A. L. Mohr**  
G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.  
Überall erhältlich!

**Arb.- u. Berufs-Kl.**  
J. H. Fein, am Markt.  
Rudolph Karstadt, Eutin.  
Richard Wagner, Reinfeld.  
K. Quitzan, Schwartau, Markt 14.

**Art. z. Krankenpfl.**  
F. W. Heyde, König-  
str. 38.

**Bäckereien**  
Paul Burmester, Lübeck, Lg. Lehb. 49.  
Dampf-B. u. Kondit.  
Fischer-  
grube 47.  
H. Jargstorf, Warendorpsstr. 36.  
R. Kasch, Fleischhauerstr.  
52, Fein-Weiß-  
u. Grobbäckerei.  
W. Krahn, Fackelnb. Allee 57a.  
Ad. Hinzelmann, Schlutup,  
Wesloer-  
str. 23, Feines Schwarz- u. Weißbrot.  
B. Plath, Schlutup,  
Beckerstr. 3.  
W. Steinhoff, Travemünde.

**Beerd. u. Sarg-Mag.**  
Central-Beerdigungsinstitut  
A. Brodersen, Altona, Markt 7, Tel. 1090.  
Paulstr. 16, Särge  
in allen Preislagen.  
H. Dorenburg, in allen Preislagen.  
C. Thiessen & Sohn,  
Wahmstr. 79, Übern. ganzer Beerd.  
Eigene Leichen- u. Transportwagen.  
Lübeck, Schwartau, Allee 193.  
C. Weib, Lager fertiger Särge.  
H. Kröger, Rensefeld, Gz. Lager in  
H. Kröger, Holz- und Metallwaren.

**Beschlänstatten**  
H. Faasch, Gr. Gröpelgrube 14.  
**Hansa** J. Dittmann  
Beckergrube 51.  
J. Falkner, Warendorpsstr. 20,  
Friedenscafe 7.

Erscheint  
dreimal  
wöchentlich

## Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei  
Einkäufen auf's  
beste empfohlen

**Betten, Bettfedern**  
Richard Wagner, Reinfeld.

**Brauereien**  
Elbschloss, M. Hofmann,  
Hansastr. 75.  
Kieler Schloßbräu, H. A. Wolf,  
Untertrave 96,  
Fernspr. 1274.

**Brennmaterialien**  
H. Schütt, Auguststr. 14/14a.  
L. Wüllbrandt, Rosengarten 10.

**Büchsten, Kämme**  
F. Wichmann, Hüxstr. 46.

**Butter-, Käsehdign.**  
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8,  
Fackelnb. Allee 50.  
H. Philipp, Tägl. feinste Tafelbutter.  
W. Rocksch, Hüxstr. 23.  
J. Semran, Hüxstr.

**Cacao, Chocol., Tee**  
Lina Schwarz, Lübeck, Hüxstr. 12.

**Cigarrenhandlgn.**  
A. Burmester, Lübeck, Fackelnb. Allee 48.  
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.  
D. Kleeke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr.  
Rob. Kleeke, Engelsgrube 81.  
Paul Karstadt, Seidnitzstr. 18, Ci-  
garrenhandlung.  
Jacob Meier, Warendorpsstr. 19a.  
Paul Thiel, Beckergrube 31.  
W. Bahak, Eutin, Lübeckerstr. 34.

**Drogerien**  
W. Hohenschild, Markt, Gz. T. 75.  
Ang. Prösch, Mühlensstr. 38.

**Dampfwäsch-, Plättanst.**  
Groß-Dampfwäscherei „Vorwerk“  
Wäsche-Verleih-Institut, T. 1622.  
Spezialität: Haus- u. Fein-Wäsche.  
Hansa, W. Röper, Friedenstr. 60.  
W. Kröger, Maschanstalt, Petzerstr. 1a.

**Fahrräder, Nähmasch.**  
H. Benthien, Fackelnb.  
Allee 53.  
Deutsches Nähmaschinen-Haus  
**Gustav Rath,**  
Frister & Roßmann - Nähmasch.  
Franz Busse, Wahmstr. 42.  
Rich. Israel, Alst. 31.  
Reinr. Körner, Gr. Burgstr. 23.  
St. Gertrud-Fahrradhaus, Joh. Meier,  
Ertiklass. Räder u. Nähmasch. billig.  
Johs. Meyer, Königstr. 51.  
Carl Petersen, Malente, Bahnhofstr. 28.  
Schwartau, Lüb.-St.  
H. Krohne, 71. Rep. Sämtl. Ersatz.

**Farben u. Lacke**  
J. Becker, Dornestr. 29.  
W. Hohenschild, Markt, Gz. T. 75.  
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.  
Ang. Prösch, Mühlensstr. 38.

**Fleisch- u. Wurstw.**  
Hans Gerds, Elswigstr. 1a.  
Prima Fleisch- und Wurstwaren.  
Chr. Gipp, Moidlinger Allee 4.  
Carl Joost, Beckergrube 31.  
C. Klein, Plattenstr. 14.  
W. Lemcke, An der Mauer 41a.  
F. Möckel, Kapierschmiedestr. 68.  
W. Falow, Fabrik mit elektr. Betr.  
Jul. Schöber, Gr. Burgstr. 55.  
Gust. Zach, Kottwitzstr. 32.  
E. Müller, Pa. Fleisch- u. Wurstwar.

**Friseur-, Parfüm.**  
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.

**Galant-, Spielwar.**  
C. Bilesath Wwe. Sandstr. 9.

**Handels-Lehranst.**  
Privat-Handels-Institut  
Herm. Lips, Dankwartsgrube.

**Haus- u. Küchenger.**  
Joh. Baade, Lübeck, Fackelnb.  
Allee 34a.  
Paul Reher, Tunkenbagen 5.  
E. Winkelmann Nachf., Eutin.  
Louis Rathmann, Schwartau.

**Herren- u. Knab.-Gard.**  
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a.  
Rudolph Karstadt, Eutin.

**Hüte und Mützen**  
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahmstr. 9.  
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

**Kino-Salon**  
**Biophon-Theater**  
Breitestr. 52. Vornehmstes am  
Platze. Vollendetste Vorführ. leben-  
der, singender, sprechender Photogr.

**Kolonial-, Fettwar.**  
Feddler J. Behm, Hansastr. 97.  
Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.  
Reinh. Büsen, Armistr. 1a.  
Heinr. Franck, Wahmstr. 67.  
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.  
Carl Hindofsky, Marktstr. 44.  
D. Lerch, Lg. Lohberg 37.  
Ernst Lüth, Spillstr. 5.  
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.  
J. Semran, Hüxstr.

**Kurz-Weiss-Wollw.**  
O. Sinnenwald, Lindenstr. 39.  
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

**Manufakturwaren**  
Johann Dittmer, Drögest. 12a.  
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.  
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr.  
Hamb. Engros-Lager, Schwartau.  
K. Quitzan, Schwartau, Marktstr. 14.

**Möbelmagazine**  
Hilnzo & Stech, Möbel-Fabrik,  
Moisting, Allee 60.  
Detail-Verkauf in der Fabrik.  
J. Pamperin, Mühlensstr. 47,  
St. Annenstr. 20.  
Wohnungseinrichtgn. z. billigen Pr.

**Molkereiprodukte**  
Hansa-Meierei ist die  
Amme Lübecks u. der Umgegend  
von Milchprodukten aller Art

**Meiereien**  
Meierei Rensefeld  
Inh. Paul Rieckert, Vorteilhafte  
Bezugsquelle für Milch und Butter.  
Meierei Schwartau  
Inh. Philipp Eitel, Tel. 2144.  
Milch und ff. Molkereiprodukte.

**Optik u. Mechanik**  
Carl Volger, Optisches Spe-  
zial-Geschäft,  
56 Breitestr. 56.

**Photogr. Ateliers**  
O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15.  
Jul. Pingel, Johannistr. 15.  
Breitestr. 39.  
Samson & Co., Fernspr. 1057.

**Putz u. Modewaren**  
B. Döhrmann, Holstenstr. 18.

**Empfehlensw. Restaur.**  
Wacknitz-Strand, Lübeck, Dankstr. 33.

**Schreibwaren**  
Aug. Burmester, Lübeck,  
Fackelnb. Allee 48.  
M. Maxein Wwe., Moising, Allee 40a.  
Elsa Paulsen, Spez.: Briefmarken.

**Schuhwaren**  
Rud. Möller, Hartengr. 38, Reparatur.  
Rudolph Karstadt, Eutin.  
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.  
Richard Wagner, Reinfeld.

**Seifen, Toilette-Art.**  
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.

**Stahl-, Eisenwaren**  
Franz Genzmer, Fackelnb. Allee 10b.  
Fennstr. 1031.

**F. Wichmann**, Hänger Stahlwaren.

**Tapeten, Linoleum**  
Carl Beulcke, Lübeck, Königstr.  
46b. Tapeten-Reste.  
Fritz Rehm, Beckergrube 20.

**Trikot-, Strumpfw.**  
E. Ehler, Lübeck, Breitestr. 15.

**Uhren, Goldwaren**  
August Büttner, Uhrmacher  
Hüxstr. 32.  
H. Westfening, Holstenstr. 32.  
H. Neumann, Schwartau.

**Wäsche-Ausstatt.**  
Otto Eggers, Lübeck, Hüxstr. 43.

**Weine, Spirituosen**  
Fr. Geist, Lübeck, Hüxstr. S. T. 1935.  
Fischergrube  
43, empfiehlt  
Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!

## „Ehrliche Waffen.“

Immer gleich nach Moral und Anstand zu schreien ist für den politischen Kampf, wie ihn die „Post“ und die „Kreuzzeitung“ verstehen, üblich geworden. Die „Kreuzzeitung“ möchte dazu jetzt noch ein übriges tun, sie beginnt deswegen mit dem 23. August eine Serie von Leitartikeln „Ehrliche Waffen zu den politischen Kämpfen der Jetztzeit“ erscheinen zu lassen, die den Justizrat Eschenbach-Berlin zum Verfasser haben. Es ist eine alte Sacke, daß dort, wo die braven Hüter von Thron und Altar „Haltet ihn“ schreiben, sie selbst alle Ursache haben, die öffentliche Aufmerksamkeit von sich abzulenken. So wie immer ist's auch heute!

Die Finanzreform liegt wie ein Stein im Magen des deutschen Volkes, meinen die Konservativen, und Eschenbach, der Justizrat, sagt dazu: „wenn der Wahlkampf erst in seiner vollen Schärfe entbrannt ist, werden doch die Agitatoren der roten und der goldenen Internationale wiederum auf dieses, wenn entstellt (dies ist im Original gesperrt gedruckt, was besonders zu beachten ist), so dankbare Material zurückgreifen.“ Er gibt sich deswegen alle Mühe, so versucht er wenigstens, derlei Entstellungen unmöglich zu machen. Wie dies geschieht, wollen wir heute nur an einem Beispiele zeigen.

Daß die Zigarren- und Zigarettenbesteuerung eine Verteuerung herbeigeführt hat, gibt er mit seinem Kronzeugen, Professor Gerlach, zu. Er veröffentlicht sogar die folgende Tabelle:

Die reine steuerliche Mehrbelastung betrug für eine Zigarre im Preise von

4 Pfg.	5 Pfg.	6 Pfg.	10 Pfg.	12 Pfg.
5,3 Proz.	7,4 Proz.	7,5 Proz.	7,8 Proz.	8,1 Proz.

Die Mehrbelastung bei Zigaretten beträgt bei einem Kleinverkaufspreise von

2 1/2 Pfg.	bis 3 1/2 Pfg.	bis 5 Pfg.
2,0 Proz.	3-4 Proz.	3-4 1/2 Proz.
bis 7 Pfg.	über 7 Pfg.	
3 1/2-5 Proz.	7,0 Proz.	

Mit dieser Zusammenstellung will er im besonderen beweisen, daß es nicht die Armen und Ärmsten sind, welche die Steuer tragen, sondern die Wohlhabenden und die Reichen. Deswegen fügt er auch noch eine Bemerkung Professor Gerlachs hinzu, die darauf hinweist, daß der Zwischhandel auf die alten Preise nicht nur sozial aufgeschlagen habe als die Steuer ausmache, sondern das Mehrfache.

Ja, lieber Herr Justizrat, die Gerechtigkeit bleibt bekanntlich auch bestehen, wenn ihr durch die Klassenrichter der Hals umgedreht wird, das Volk wird sie auch dann noch fordern! Und mit der Ehrlichkeit im Kampfe ist's genau so! Prüfen wir doch einmal, von welchen Klassen die höchsten Einnahmen hat. Es ergibt sich da das folgende Bild:

Steuereinnahmen für Zigaretten im Kleinverkaufspreise von Pfennigen

bis 1,5	1,5-2,5	2,5-3,5	3,5-5,0
07/09 12,3	17,3	11,0	8,5
5,0-7,0	über 7,0		
1,7	1,4	Millionen Mark.	

Die Zusammenstellung weist deutlich genug aus, daß die Prozentziffern der Belastung mit Steuer, die bei der konservativen Berechnung gerade im besonderen bei den Zigaretten so günstig für die Reichen und Besitzenden ausfallen, in Wirklichkeit nur theoretischen Wert haben; den größten Prozentsatz indirekter Steuer muß auch bei den Zigaretten das arbeitende Volk aufbringen! So sieht die Wahrheit aus, die „ehrliehen Waffen zu den politischen Kämpfen der Jetztzeit“ sind nichts weiter als entstelltes Material!

Dies eine Beispiel zeigt schon, mit was für Waffen die konservativen Kreuzzeitungsleute gegen die rote und die goldene Internationale in den Kampf zu ziehen gedenken. Aberdies darf und wird ja wohl auch niemand aus den Ausführungen des Justizrates entnehmen, daß er die Armen von indirekten Steuern entlastet sehen möchte. Um nicht falsch verkehrte Meinung von sich auskommen zu lassen, schreibt er: „... wenn man halbwüchsige Jungen auf der einen Seite und Steinträger auf der anderen, d. h. also bei dem Herumlungen und der denkbar schwersten Arbeit ununterbrochen eine Zigarette nach der andern rauchen sieht, wirkt man ganz unwillkürlich die Frage auf, ob nicht eine ganz unverhältnismäßig höhere Besteuerung... angezeigt wäre.“ Eine feine Sorte „ehrliehen Kampf“!

## Bericht des Parteivorstandes

an den Parteitag zu Jena 1911.

### Jugendbewegung.

Die erfreulichen Fortschritte der proletarischen Jugendbewegung haben die Reaktion in nicht geringe Aufregung versetzt. Man legt alle Hebel in Bewegung, um die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen vom Kampfe ihrer erwachsenen Klassengenossen fernzuhalten. Unter Führung der Regierung und unterstützt mit öffentlichen Geldern hat sich die bürgerliche Jugendbewegung mehr und mehr zentralisiert. Ihre Mittel sind vielfach ähnliche wie die unferigen. Mit Jugendheimen, Bildungsanstalten, Unterhaltungsvereinen, Turn- und Körperpflege versucht man die Jugend von unseren Bestrebungen fernzuhalten. Alle Machtmittel des Klassenstaates, der Bureaokratie, die Schule, die Kirche und militärische Anstalten werden in den Dienst der bürgerlichen Jugendbewegung gestellt. Außerdem führen Polizei und Gerichte auf Grund des reaktionären Jugendparagrafen des Vereinsgesetzes einen heftigen, unausgesetzten Kampf gegen die proletarische Jugend.

Trotz alledem macht die proletarische Jugendbewegung gewaltige Fortschritte. Die Zahl der Abkommen der „Arbeiter-Jugend“ hat sich von 45 000 auf 65 500 vermehrt. Die Leser der „Arbeiter-Jugend“ verteilen sich auf 474 Orte.

Die Zahl der Orte mit Jugendausschüssen ist von 360 auf 454 gestiegen. An die Zentralstelle für die arbeitende Jugend haben die Ausschüsse von 188 Orten über ihre Tätigkeit im letzten Jahre berichtet. Die Zentralstelle wird darüber einen besonderen Bericht herausgeben. Jugendheime bestehen in 130 Orten. Davon verfügen 99 über einen Raum, 21 über 2, 6 über 3, 2 über 4 und 2 über 5 Räume. Die Einrichtung der Jugendheime ist fast überall vervollkommen. Die Aufwendungen dafür sind teilweise recht erheblich. Die Gesamtausgabe für diese Jugendheime beträgt 44 091,79 Mk.

Über die von den Jugendausschüssen getroffenen Bildungsveranstaltungen gibt folgende Aufstellung Auskunft.

Art der Veranstaltung	Zahl der Veranstaltungen	Teilnehmer Jugendliche	Erwachsene	Zusammen
Einzelvorträge . . .	1612	47 840	5 983	53 823
Vortragsreihen . . .	70	5 833	1 763	7 596
Unterrichtskurse . . .	68	1 072	145	1 217
Künstl. Darbietungen . . .	303	22 293	14 491	36 784
Museumsbesuche . . .	266	5 149	662	5 811
Festlichkeiten . . . . .	615	—	—	—
Ausflüge . . . . .	2240	—	—	—

Die Jugendausschüsse hatten eine Gesamteinnahme von 91 815,40 Mk. und eine Gesamtausgabe von 82 815,35 Mk. Die Bildung von Bezirksleitungen der Jugendausschüsse ist leider immer noch nicht überall durchgeführt. Zur besseren Durchführung der Aufgaben und Förderung einheitlicher Bestrebungen ist die Schaffung von Bezirksleitungen aber dringend notwendig. Die baldige Nachholung des Verlaumten ist um so mehr erwünscht, als die Zentralstelle beabsichtigt, in diesem Spätjahr eine Konferenz der Bezirksleitungen zu berufen.

Die Zentralstelle ist mit der Herausgabe der Broschüre „Die bürgerliche Jugendbewegung“ einem lebhaften Wunsche begegnet. Die Schrift informiert über die gegenwärtige Jugendbewegung, besonders über den Zusammenschluß sämtlicher Interessentengruppen des Klassenstaates zum gemeinsamen Kampf gegen die proletarische Jugendbewegung. Die Schrift, die für unsere Jugendarbeit von größter Bedeutung ist, erschien in einer Auflage von 5000 Exemplaren. Von der Zentralstelle ist eine weitere Broschüre „Der gesetzliche Arbeiterchutz“ herausgegeben worden. Die Schrift stellt die gesetzlichen Bestimmungen des Jugendschutzes zusammen und leitet den Jugendausschüssen bei ihrer Tätigkeit auf diesem schwierigen Gebiete gute Hilfe; sie erschien in einer Auflage von 8000 Exemplaren. Das ebenfalls von der Zentralstelle herausgegebene Flugblatt: „Der Kampf um die Arbeiterjugend“ ist in einer Auflage von 1347 000 Exemplaren hinausgegangen. Außerdem sind die früher herausgegebenen Flugblätter vielfach verlangt worden. Das „Jugend-Liederbuch“, von dem 50 000 Exemplare abgelegt sind, ist ungebraucht und erweitert in Neuauflage erschienen. Das Festschen „Anleitungen für Veranstaltungen zur körperlichen Ausbildung der arbeitenden Jugend“ hat gute Aufnahme gefunden. Unter dem Titel: „Gehörst Du zu uns?“ erscheint demnächst eine zur Agitation besonders geeignete Broschüre.

Die Netto-Ausgaben der Zentralstelle betragen 14 507,28 Mark, wovon 9983,57 Mark auf die „Arbeiter-Jugend“ entfallen.

### Agitation.

Im Berichtsjahre wurde die Agitation gegen die Reichsversicherungsordnung gemeinsam mit den Gewerkschaften fortgesetzt. Den Agitatoren wurde vor Beginn der 2. Plenarberatung Material über den damaligen Stand der Reichsversicherungsordnung zur Verfügung gestellt und zur Massenagitation gegen diesen arbeiterfeindlichen Gesetzentwurf wurde ein Flugblatt: „Nicht Arbeiterchutz, sondern Arbeitertrug“ herausgegeben, das in der Osterzeit vor den Protestversammlungen verbreitet wurde. Nach Annahme der Reichsversicherungsordnung erschien zur Widerlegung der kirchlichen Schwindeln ein Flugblatt: „Das Zentrum und die Reichsversicherungsordnung“.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften wehrte sich die Partei in ganz Deutschland im Oktober vorigen Jahres in wichtigen Kundgebungen gegen die infame Gehe der Scharfmacher, die für die Moabitier Krawalle Partei und Gewerkschaften verantwortlich machen wollten. Den uns Fernstehenden wurde in einem Flugblatt über die Moabitier Vorgänge die Wahrheit gesagt.

## Kraft.

Roman von Fritz Mauthner.

(27. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„Aber das ist ja Wahnsinn! Bist du zurückgekehrt, um mir das zu sagen?“

„Ja, mein geliebtes Herz. Und glaube mir, die endlosen Stunden bei Tag und bei Nacht, in denen ich zu diesem Entschluß reif geworden bin, es waren Stunden meiner Liebe zu dir.“

„Und ich hatte geglaubt, du hättest allein die Kraft gefunden, die furchtbare Erinnerung zu überwinden.“

„Das ist es garnicht, mein Herz. Aber sein Unglück und selbst über sein Ende vermag ich zu sprechen. Du verstehst das nicht recht. Ich bin eine Offiziers-Tochter und war eine Offiziersfrau.“

„Aha, das verstehe ich nicht recht.“

„Sei nicht bitter, Robert. Ich verstehe ja nicht einmal so einfache Dinge wie deine Prozesse und will doch für dich leben. Mein, Robert, das ist es nicht. Das hat mich körperlich krank gemacht, und ich habe eine Zeitlang geglaubt, die Erinnerung nie verwinden zu können. Und sieh, sie ist verbläht. Mein Trauerkleid ist heute schon ein bißchen läge. Dir sag ich's. Und noch mehr kann ich dir jetzt sagen. Sein Tod hat mich vielleicht gerettet. Ich wäre wahnsinnig geworden in meinem Doppelleben und in meiner Sehnsucht nach dir. . . . Aber eine andere Erinnerung will und wird nicht verblähen. An eine andere fürchterliche Stunde. Ich werde es dir noch einmal genau erzählen müssen. Ihr hattet Euch bei Tisch beinahe gekannt. . . .“

„O, ich erinnere mich sehr gut.“

„Nachher kam er zu mir. . . . Nicht, Robert! Er war der beste Mensch und der edelste, rühre nicht an sein Andenken. Aber er kam zu mir in seiner schreienden Not, der Armste, und nahm mir den Schwur ab, hörst du, den Schwur, dem Kinde dort, unserm Sohn, du weißt nicht.“

„Du bist sehr rücksichtsvoll, Marianne, daß du mir den Titel nicht gibst, den er mir gab damals. Ich kann mir die Szene vorstellen.“

„Ich hoffe nein. Es ging über Menschenkräfte.“

„Ich kann mir die Szene vorstellen, mein Herz. Denn ich habe sie selbst mit ihm gehabt, kurz vorher, du weißt es ja. . . . ich habe ihm da gesagt, wie wir zusammen stehen, und er hat sich wohl eingebildet, daß ich ihm auch so ein Versprechen gebe.“

„Du hast ihm gesagt, wie wir zusammen stehen und er hat dich nicht umgebracht. Ich weiß.“

„Wie du siehst, mein Herz. Und du siehst, daß nicht alle Titel auf mich passen. Ein Feigling ist der nicht, den du dem Junker nicht zum Vater zu geben dich gerauft. Und wenn es nur der Schwur ist. . . . Höre, Marianne, wir werden auf der kurzen Fahrt nicht zu Ende kommen mit dieser Überlegung. Das kann ich dir aber schon in dieser Stunde sagen. Ein Schwur, in solcher Stimmung einem Toten gegeben, hält die Lebenden nicht auf. Gegen diesen Schwur kämpfe ich garnicht, höchstens achten will ich ihn, warten will ich, noch länger warten, als ich glaubte, daß mir beschieden ist. Und der Schwur, der heute noch zwischen uns zu stehen scheint, wird verfliegen, wie der Hauch verfliegen ist, mit dem deine Lippen damals den Schwur geleistet haben. Meinst du, nur Felden können Schwüre brechen und Feldherren, du Offiziers-Tochter? Nur einen Schwur breche ich nicht. Und den habe ich bis heute noch nie geleistet. Jetzt aber will ich ihn aussprechen, damit du ihn hörst, und er den andern überwindet. Ich schwöre dir, daß wir einander gehören, daß ich dich lieb habe, dich allein, und daß ich dich nicht mehr lasse.“

Er hatte sich vorgebeugt und Marianne kam ihm mit Seele und Leib entgegen. Jetzt hielten sie einander die Hände und der Hauch ihrer Lippen vermischte sich. Beide murmelten unverständliche Dinge. Dann wiederholte van Zenius noch einmal:

„Ich schwöre dir, daß wir einander gehören. Und nun miß ab, welcher Schwur der stärkere ist.“

„Ich habe es nicht verlangt, Robert, aber ich bin so glücklich. Nicht wahr? Treu zusammen bis ans Ende?“

„Mit dir bis ans Ende, auch wenn du nicht willst.“

„So, Robert! Du weißt garnicht, wie stark du mich gemacht hast. Es ist nämlich. . . . Deine Festigkeit hat mich nicht ausreden lassen. Es war nicht eigentlich der Schwur. Ich hätte nicht davon gesprochen, aber glaube mir, auch mit dem Schwure wäre ich fertig geworden, ich für mich allein. Was ich ihm damals versprach, war notwendig. Ich war es ihm schuldig. Und so war ich dir schuldig, ihm sein Wort nicht zu halten. Stehst du, mein Geliebter, so viel habe ich gequält, die Monate über, so rucklos bin ich geworden, aus Liebe zu dir. Ich habe mich in schlaflosen Nächten von vielem befreit, von vielem, was ich für ewig hielt. Robert, laß nicht über ein Weib. Du weißt vielleicht nicht, was es mich gekostet hat, frei zu werden.“

„Marianne!“

„Und so höre mich jetzt geduldiger an. Mit dem“

Schwur bin ich fertig geworden. Aber mit seinen Gründern nicht, mit seiner Liebe zu dem Knaben nicht. Robert, mach was du willst, nimm mich wie du willst, aber ich habe recht gehabt in jener Nacht. Es ist eine andere Art, du und der Junker, wie du ihn nennst, und es wäre ein Unrecht von uns, wenn wir dir den Junker unterwerfen wollten. Darüber komme ich nicht hinweg. Ich bin seine Mutter, und ich nehme dir nichts, wahrhaftig nichts von aller Liebe, wenn ich dir's sage. Da ist sie, die Liebe zu dir, und da ist sie auch, die Liebe zu dem Kinde. Es ist nur zufällig dasselbe Wort. Es ist ja so etwas ganz anders. Aber da ist beides, und ich kann, und ich will beides nicht verlieren. Und so bin ich zu dem Entschluß gekommen, der gut sein muß, weil er mich ganz zufrieden stellt. Um des Knaben willen darfst du nicht mein Mann werden.“

Van Zenius wußte nicht, was er tat. Langsam streckte er beide Arme vor, sagte Marianne rücksichtslos um ihre Schultern und begann sie zu sich herüberzuziehen.

Sie wehrte sich kaum und blickte ihm liebevoll in die Augen. Dann wand sie sich plötzlich los und flüsterte:

„Nicht. Nicht so häßlich.“

„Ja, glaubst du denn, Marianne, daß es so weitergehen kann wie bisher? Glaubst du denn, ich hätte nicht die Kraft, für die standesgemäße Erziehung eines Knaben zu tun, was ich für deine Frauenehre tat? Gähst du es denn für möglich, oder willst du auch nur, daß ich jetzt auf dich verzichte?“

„Ich halte es nicht für möglich, und ich will es auch nicht.“

„Was willst du denn, Marianne?“

„Was du willst, mein Geliebter. So mit einander weiter leben, wie bisher, wenn es uns möglich ist. Und wenn es über unsere Kräfte geht, Robert, . . . laß es mich nicht sagen.“

„Ich will dich nicht verstehen.“

„So hast du mich richtig verstanden.“

„Du bist wahnsinnig! Meine Frau willst du nicht werden, aber meine Geliebte?“

„Ja. Ich will aber nicht. Ich bin es ja. Ich bin deine Geliebte.“

Wenn van Zenius sie nicht zurückgehalten hätte, sie wäre auf den Teppich des Coupees niedergefunken. Er preßte sie auf ihren Platz zurück und entzog ihr auch seine Hände. Sie schloß die Augen, als ob sie schlief. Von Zeit zu Zeit schlug sie die Lider auf und blickte ängstlich nach ihm hinüber. Van Zenius stand auf und warf mit einer mechanischen Bewegung seinen Hut ins Neg. Dann setzte er sich in die andere Ecke dem Junker gegenüber. Der hatte sich

Ferner erschien ein Flugblatt zur Agitation für die Masse.

Über das Agitationsmaterial, das für die Frauen herausgegeben wurde, gibt das Kapitel „Frauenbewegung“ Auskunft.

Die Agitation gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht wurde von der Landeskommission der preussischen Sozialdemokratie und dem Parteivorstand gemeinsam betrieben.

Am Schlusse des Berichtsjahres beherrschte die Marokkofrage die internationale Situation. In Preußen fanden Anfang Juli Volksversammlungen statt, in denen die Kernfragen der inneren und äußeren Politik, die preussische Wahlrechtsfrage und die Marokkopolitik behandelt wurden.

Die „Partei-Korrespondenz“ brachte zu allen schwebenden Fragen Agitationsmaterial. Sie erscheint jetzt in einer Auflage von 4350 Exemplaren. Ihre Redaktion wurde vergrößert, weil die mit der „Partei-Korrespondenz“ verbundene Registratur ausgebaut werden mußte.

Das im vorjährigen Vorstandsbericht angekündigte Sozialdemokratische Bureau für Rheinland-Westfalen wurde am 1. Februar in Düsseldorf eröffnet. Das Bureau unterstützt durch Herausgabe von Agitationsmaterial und Pressenotizen die Genossen in ihrem Kampfe gegen das Zentrum und gegen die schmerzhaften Bestrebungen der Schwerindustrie.

Die Agitation unter den Landarbeitern hat gute Fortschritte gemacht. Der Landarbeiterverband hat in allen Gauen Deutschlands festen Fuß gefaßt und zählt zurzeit in 382 Gruppen über 12000 Mitglieder. Zur besseren Agitation unter den Binnenarbeitern wurden Vorkreuzungen zur Regelung der Beitragszahlung getroffen und Werbematerial zur Verfügung gestellt.

Das angekündigte Handbuch „Die Finanzreform und die bürgerlichen Parteien“ erschien im September. Ein Handbuch über die Reichsversicherungserordnung wird im Herbst erscheinen. Das Handbuch über die „Wahlfragen“ wurde ergänzt und ist in Neuauflage in Druck gegeben.

In der Serie sozialdemokratische Flugblätter, die ohne Umschlag das Tausend zu 10 Mk. abgegeben werden, wurde Nr. 5: „Die Sozialdemokratie und das Meer“ durch neues Zahlenmaterial ergänzt. Neu erschienen sind „Lebensmittelwucher und Warenteuerung“, „Beamtenchaft und Sozialdemokratie“ und „Die indirekten Steuern und Zölle, wer sie zahlt und wem sie nützen“.

Agitationskalender wurden in Agitationsbezirken herausgegeben, wobei in Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Posen, Bez. Langenbielau, Ratiboritz, Rastau, Bez. Ooberrhein, Westfalen aus Mitteln der Gesamtpartei Zuschuß geleistet wurde.

Monatsblätter werden für die ländliche Bevölkerung in 16 Agitationsbezirken herausgegeben. Ein dänisches Agitationsblatt geben die Genossen Schleswig-Holsteins heraus. Unsere Genossen in Elsass-Lothringen lassen in französischer Sprache „Feuille d'Alsace-Morraine“ erscheinen. Wochenblätter erscheinen in den Bezirken Westpreußen, Ober- und Nieder-Rhein, Kassel, Anhalt und Bayern.

Die sozialdemokratische Partei konnte in allen Bezirken das politische Leben so wirksam beeinflussen, weil die Parteigenossen ihre Kraft und ihre Zeit der Partei bereitwillig zur Verfügung stellten. Auf der Mitarbeit der Masse der Parteigenossen beruht die Stärke der sozialdemokratischen Partei.

Reichstagswahlen.

In der Zeit vom 1. August 1910 bis 31. Juli 1911 fanden neun Nachwahlen zum Reichstag statt. In allen Fällen war der bisherige Inhaber des Mandats verstorben. Von den Verstorbenen gehörten drei zur Zentrumspartei, zwei waren Antisemiten und je einer gehörte zur nationalliberalen, politischen, konservativen und sozialdemokratischen Partei.

Das Gros der liberalen Wähler hat das Mandat in Gießen der Parole der fortschrittlichen Führer zum Trost den Antisemiten zugeschanzt. Dieses schmachvolle Verhalten eines wesentlichen Teils der liberalen Wähler zeigt, wie wenig Verlaß auf die Masse der Liberalen ist, auch wenn die Parole lautet: „Wider den schwarzblauen Block.“

Die Stimmzahlen der Nachwahlen beweisen, daß der Umschwung, der mit Annahme der Steuererhöhung im Jahre 1909 eintrat, auch die Kreise ergriffen hat, die nun zu wählen hatten. Der schwarzblaue Block hat in allen Kreisen Stimmverlust. Jedoch hatten auch wir in einem Kreise, in Berlin IV, einen Stimmenrückgang von 12148 Stimmen.

Will man die Wahlergebnisse als Grundlage für die Beurteilung der Entwicklung der Parteien nehmen, dann muß man Berlin IV ausscheiden, weil hier der Rückgang der Stimmen der Gegner von diesen absichtlich herbeigeführt ist. Anders stand es in den übrigen Kreisen, dort tobte der Wahlkampf in ähnlicher Schärfe, wie bei der Hauptwahl.

45 616 Stimm. Stellt man die Wahlergebnisse im Vergleich zu den Resultaten der Hauptwahl, dann gibt es folgendes Bild:

Table with 6 columns: Wahlkreis, Abgegebene Stimmen, für Sozialdemokraten, Prozent, Hauptwahl 1907, Nachwahlen in der Zeit vom 1. August 1910 bis 1. Juli 1911. Rows include Jschopau-Marienberg, Frankfurt-Lebus, etc.

Summa bei den Hauptwahlen: 291091 Abgegebene Stimmen, 117795 für Sozialdemokraten, 40,46 Prozent.

In den letzten drei Berichtsjahren berichteten wir über 37 Nachwahlen, deren Gesamtergebnis folgendes war:

Table with 6 columns: Berichtsjahr, Zahl der Wahlkreise, Abgegebene Stimmen, für Sozialdemokraten, Prozent, Bei der Hauptwahl 1907, Bei Nachwahlen. Rows for 1909, 1910, 1911.

Bei den 37 Nachwahlen hatten die Gegner einen Stimmverlust von 135787 Stimmen, während wir einen Gewinn von 24086 Stimmen hatten. Unser Anteil stieg von 27,8 auf 33,8 von je hundert der abgegebenen Stimmen.

Wahlrechtsbewegung.

Wie die Regierungsvorlage zur Abänderung des in Preußen geltenden Dreiklassenwahlrechts am 27. Mai vorigen Jahres ein verdientes, unrlühmliches Ende fand, ist im vorjährigen Bericht des Parteivorstandes eingehend geschildert. Die neue Session des preussischen Landtags wurde am 10. Januar dieses Jahres eröffnet.

in die Decke eingewühlt und atmete ruhig in festem Schlaf. Van Tenius entfernte den Lichtschirm wieder und sah auf seine Uhr.

„Es ist Zeit, aufzuwachen, sagte er. „Wohin? Wohin!“

Als der Knabe immer noch nicht erwachte, entzog er ihm die Decke.

„Ist Abendbrotzeit?“ fragte das Kind schlaftrunken.

„Steh auf, Junker! sagte van Tenius. „Du verschläffst ja die ganze schöne Reise. Wir fahren eben durch eine der herrlichsten Gegenden Europas, und wenn es draußen nicht so finster wäre, so würdest du zur Rechten und zur Linken der Bahnstrecke schon die herrliche Mark Brandenburg sehen und ihre Göttin, die heilige Pflichterfüllung, von der du später auf der Schule lernen wirst, daß sie der kategori: „Imperativus“ heißt.“

„Mama, warum ist die Gegend nicht beleuchtet, wenn sie so schön ist? Mama, warum fahren wir bei Nacht?“

„Ich bitte Sie,“ sagte Marianne flehend.

Der junge Herr Baron konnte sich erkälten, wenn er bis in den Anhalter Bahnhof hineinschlief, und dann in die kalte Halle tritt. Jetzt gewöhnt er sich langsam, und wird an seinem ebenso kräftigen wie eleganten Körper keinen Schaden nehmen.“

„Ich bitte!“

Van Tenius machte eine abwehrende Handbewegung und plauderte mit dem Knaben.

Auf dem Bahnhof war er der Frau artig beim Aussteigen behilflich, nahm ihr die kleinen Besorgungen ab und brachte sie bis zu einem Wagen.

„Sie fahren nicht mit? Sie bringen uns nicht zum Hotel?“

„Nein, meine gnädigste Frau.“

„Ich verstehe nicht. Kann es einen größeren Beweis“

„Sie haben sich in mir getäuscht, meine gnädigste Frau. Was Sie mir bieten, ist ein unschätzbares Geschenk. Und ich glaube, es wäre keine Strafe, wenn ich es ein göttliches Geschenk nennen würde. Halten Sie mich nur nicht für ungalant. Aber es ist mir zu wenig. Das haben Sie nicht bedacht. Krutiger, Hotel de Roma. Gute Nacht, meine gnädigste Frau. Gute Nacht, Junker!“

Van Tenius ging zu Fuß nach Hause. Ein Horn besetzte ihn, für den er nur keine Worte fand, und kein Ziel und kein Opfer. Das hätte er nicht für möglich gehalten! Nicht für möglich unter der Sonne! Unter der gemeinsamen Sonne, auf der alten, ewigen Welt. Aber es war recht so! Wie oft hatte er sich den Vorwurf gemacht, daß er ein jätter Spielbürger geworden wäre und zu seinen armen Tauseln

nur noch Hände wie ein Wohlthäter, wie einer über ihnen. Er war ja kein Proletarier mehr. Er gehörte ja der Gesellschaft an. Und nun hatte sie, sie, sein Weib, ihn einen Proletarier zu nennen gewagt, und ihn aus ihrem Zimmer hinausgestoßen. In der Gefindestube sollte er sich den Tisch decken lassen und das Bett aufschlagen. Heimlichkeiten haben wollte sie da mit dem Kerl aus der Gefindestube, weil sie den Kerl lieb hatte. Aber die Brut sollte sich nicht vermischen. Man hielt auf Klasse!

Es war halb zwölf Uhr, als von Tenius seine Stube betrat. Gut und Blaid warf er aufs Sofa. Dann ging er heftig auf und nieder. Es war gut so. Bei seinem Proletariertum hatte ihn sein Weib gepackt. Das sollte sie büßen, sie und alle von der Baronsstraße! Was noch an ihm haften geblieben war von Rücksicht und Mitleid nach oben, das sollte aufhören. Seine Faust sollte sie fühlen.

Draußen hörte er es schleichen. Dann klopfte es leise an die Tür. Gedankenlos sagte er herein. Die Nichte kam, ein Licht in der Hand. Sie hatte außer dem weißen Rock nur ein loses Hemd an, und über die Schultern ein rot kariertes Wolltuch geschlagen. Zweimal ließ sie die nackten Schultern darunter sehen, um dann schüchtern und schämig die Tuschenden übereinander zu schlagen.

„Bitte tausendmal um Verzeihung, Herr Rechtsanwalt. Aber ich habe mich so um Sie geängstigt. Mächtig reisen Sie fort, ohne uns was zu sagen, und dann sind Sie wieder da und gehen so aufgeregt hin und her, und doch hätte ich mir nicht erlaubt, obwohl ich fragen wollte, ob Herr Rechtsanwalt etwas genießen wollen.“

Van Tenius hatte keine Gedanken immer noch nicht gesammelt. Zerstreut ließ er seine Augen über die Schultern des Mädchens gleiten und sagte nur:

„Das wäre wahrhaftig nicht dumm. Ich glaube, ich wäre nicht so erregt, wenn ich nicht einen so barbarischen Hunger hätte.“

„Ach, das ist schön, Herr Rechtsanwalt. Etwas Kaltes ist da. Wurst und Käse und Bier. Aber ich hätte auch darum nicht gewagt. Es schickt sich ja auch gar nicht. Ich muß mich ja schämen. Aber da ist ein Telegamm.“

„Ich weiß.“ Und dann war zweimal eine Person hier. Herr Rechtsanwalt müßten hinausgehen zu dem Polen. Es ginge auf Tod und Leben. Wegen des Mordes, Herr Rechtsanwalt. Und sie will morgen früh wiederkommen, die Person. Weil das mit dem Mord so interessant ist, Herr Rechtsanwalt, darum habe ich es über mich gebracht, trotzdem es sich doch ganz und gar nicht schickt.“

„Wissen Sie, Fräulein“, sagte van Tenius ungewiß, von mir haben Sie ja nichts zu fürchten. Ich hoffe, ich habe es nie an der gebührenden Achtung fehlen lassen.“

Das Mädchen zitterte.

„Wie heißen Sie eigentlich,“ fragte er verlegen.

„Camilla,“ sagte sie mit einem frohen Aufleuchten der dunkeln Augen. Sie stand schweratmend vor ihm. Langsam ließ sie das rechte Ende des Tuches herunter sinken, dann riß sie es mit der linken Hand völlig fort. Einen Augenblick sah sie frech aus, als ob sie gewußt hätte, was der prächtige Bau ihrer Schultern und der fast unerschütterten Brust nun endlich dem Rechtsanwalt zu sagen hätte. Dann blickte sie wieder zu Boden und atmete tief. Ihr Nacken bedeckte sich mit Schamröte, und mit echtem Gefühl sagte sie:

„Das ist es ja eben, Herr Rechtsanwalt. Sie sollen mich nicht mit solcher Achtung behandeln. Gerade sag ich's Ihnen. Ich habe schon einmal ein Kind gehabt.“

Es gab von Tenius einen Ruck. Er mußte sich räuspern und sagte fast grob:

„Warum sagen Sie mir das?“

„Warum? Warum?“ sie schlug die Augen langsam und verlangend zu ihm auf.

Da sagte er sie mit der rechten Hand um den Leib, grub ihr die Linke in die schwarzen Zöpfe, daß sie aufstöhnte vor Glück und Schmerz und bog ihr Gesicht nach oben.

„Komm! Ich habe geglaubt, ich sei zornig. Unfönn!“

„Komm!“

„Aber Sie wollten etwas essen, Herr Rechtsanwalt.“

„Komm! Du gute Gans!“

Achtzehntes Kapitel.

Van Tenius war wie gewöhnlich um sieben Uhr mit dem Ankleiden fertig und hingelte nach dem Kasse und seinen Zeitungen. Er hatte sich mit Aufbietung aller Härte vorgenommen, an Marianne und die schwere Enttäuschung nicht mehr zu denken. Es gelang ihm so ziemlich. Nur, daß er eigentlich auch an nichts anderes denken konnte, daß es dumpf auf ihm lastete, als hätte er gestern sein Leben verpielt, und daß von Zeit zu Zeit immer wieder ein jäher Schmerz oder auch wohl nur ein jäher Zorn in ihm aufstieg. Dazu hatte er auch noch ein unbestimmtes bitteres Gefühl auf den Lippen. Er mußte nur nicht wachen.

Die Nichte brachte Kaffee und Zeitungen, und als sie mit einem stolzen Lächeln, sich in ihren Hüften wiegend, näher kam und ihm über das Teebrett hinweg den hübschen roten Mund zum Kusse entgegenstreckte, da fiel ihm noch nicht einmal alles zugleich ein. Er mußte sich besinnen. Sie hob den Kopf beleidigt wieder empor und stellte die Sachen hin. Er reichte ihr traurig die Hand.

(Fortsetzung folgt.)

Regierung zu rechtfertigen. Herr von Dallwitz hielt die Einbringung einer neuen Vorlage zurzeit für zwecklos, da die Parteien ihre Stellung nicht geändert hätten und eine neue Vorlage deshalb keine Aussicht auf Annahme hätte. Er wollte abwarten bis die Gegenseite unter den bürgerlichen Parteien, die sich seit den Debatten über die Reichsfinanzreform und die preussische Wahlrechtsvorlage so stark verhärtet hatten, sich wieder abgesehen hätten. Herr von Dallwitz verlangte eine neue politische Situation als Vorbedingung für die Einbringung einer neuen Wahlrechtsvorlage. Diese Verhöhnung der Massen, die bringen den Erfolg des reaktionären preussischen Wahlrechts durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht verlangten, beantwortete das preussische Volk mit imposanten Wahlrechtsversammlungen, die am Sonntag, den 15. Januar, in ganz Preußen stattfanden und die bewiesen, daß der Wahlrechtskampf des preussischen Volkes mit der Verschärfung des Bethmannschen Wahlrechtswechselbalgs von 1910 nicht erledigt ist. Die Polizei war gegen die Wahlrechtskämpfer mobil gemacht, sie bekam aber keine Gelegenheit zur Arbeit a la Moabit.

Im preussischen Abgeordnetenhaus hatte die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei ihren Wahlrechtsantrag wieder eingebracht. Die sozialdemokratische Fraktion hat nicht die nach der Geschäftsordnung erforderliche Stärke zur Einbringung selbständiger Initiativanträge. Die Mehrheitsparteien verschleppt die Beratung des freisinnigen Antrags bis zum Schlusse der Session. Am liebsten hätten sie die Beratung des Antrages überhaupt verhindert und der Präsident von Kröcher leistete ihnen in diesem Bestreben jede erdenkliche Hilfe. Aber damit kamen die Wahlrechtsfeinde diesmal nicht durch. Eine neue politische Situation war durch die Annahme des elsaß-lothringischen Wahlgesetzes durch den Reichstag geschaffen. Das unausgesehene Drängen der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags zwang die bürgerlichen Parteien Farbe zu bekennen und so kam der freisinnige Wahlrechtsantrag endlich am 27. Juni zur Beratung. Die Regierungsvertreter, an der Spitze der preussische Polizeiminister, verließen bei Beginn der Beratung den Saal. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion geisterte in schärfster Weise das Verhalten der Regierung und der Mehrheitsparteien, die den Preußen selbst das Landtagswahlrecht versagen, das den Einwohnern der Reichslande jetzt gewährt worden sei. Die Mehrheitsparteien führten eine unwürdige Komödie auf, die die Konservativen mit dem Präsidenten von Kröcher abgetarlt hatten. Als es zur Abstimmung über die einzelnen Teile des Wahlrechtsantrags kam, stimmten die Konservativen gegen ihre Überzeugung aus „tatsächlichen“ Gründen für das gleiche Wahlrecht, um durch Annahme des gleichen Wahlrechts den nationalliberalen Gegnern des gleichen Wahlrechts den Antrag unannehmbar zu machen. Die konservativ-nationalliberale Mehrheit lehnte in der Gesamtabstimmung den Antrag dann auch ab. Das gleiche Manöver führte zur Ablehnung des Antrags auf Neueinteilung der Wahlkreise, so daß überhaupt nichts Positives zustande kam. Daß bei Erörterung einer der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart diese widerliche Komödie möglich war, daran tragen die Nationalliberalen die Schuld, die für die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen nicht zu haben sind.

Am folgenden Tage wurde das Abgeordnetenhaus nach Hause geschickt, nachdem alle Versuche, eine beschlußfähige Sitzung zustandezubringen, gescheitert waren. Während früher von reaktionärer Seite die Arbeitsfähigkeit des Reichstagsparlamentes rühmend hervorgehoben wurde, mußte nach dieser blamablen Sitzung selbst Herr von Zedlig „den fortschreitenden Niedergang der Leistungsfähigkeit des Abgeordnetenhauses“ zugeben. Herr von Kröcher aber, der durch seine Parteilichkeit und Ungerechtigkeit so manche aufreizende Szene heraufbeschwor, will abblenden.

In der ersten Juliwache nahmen die Massen in Preußen zu der neuen politischen Situation Stellung und der riesige Besuch der Demonstrationsversammlungen hat den Herrschenden gezeigt, daß es in Preußen keine Ruhe geben wird, bis die Dreiklassenwahlrecht reformlos getilgt sein wird. Nachdem die Einwohner der Reichslande aufgehört haben, Bürger zweiter Klasse zu sein, wird das preussische Volk sich diese staatsbürgerliche Degradierung nicht mehr lange gefallen lassen.

Die nächste Gelegenheit mit den Gegnern des freien Wahlrechts abzurechnen, sind die Reichstagswahlen. Die Konservativen, das Zentrum, die Nationalliberalen, werden bei den Reichstagswahlen sich wegen ihrer Haltung in dieser preussischen Frage zu verantworten haben. Denn die Frage des preussischen Wahlrechts ist unter all den Fragen, die die Politik des Deutschen Reichs berühren, die wichtigste.

In Mecklenburg ist die Wahlrechtsfrage gleichfalls immer noch nicht erledigt. Die Ritterschaft hat am 9. Dezember 1909 die von der Regierung vorgelegte Skizze einer zeitgemäßen Wahlrechtsvorlage abgelehnt und die Großherzöge haben ihrer damals proklamirten Drohung: „Bei Verhandlungen im Reichstage würde die Regierung ihren bisherigen Standpunkt gegenüber einem Eingreifen des Reiches nicht aufrecht erhalten können“ keine Taten folgen lassen. Die Regierung versuchte unter der Hand eine Einigung mit den Ständen. Auf dem Malchiner Landtage wurden die „kommissarisch-deputatistischen“ Verhandlungen über die Verfassung wieder aufgenommen. Die Regierung legte ein neues Monstrum einer Wahlrechtsvorlage vor, nach welcher 92 Abgeordnete von ländlichen Gruppen gewählt werden sollten. Davon sollten allein 24 Abgeordnete der Ritterschaft, 7 dem ländlichen Großgrundbesitz, 12 dem ländlichen Kleingrundbesitz und 2 der Landwirtschaftskammer (die noch nicht existiert) zugeteilt werden. Die Wahl der Abgeordneten sollte teils direkt, teils indirekt bei öffentlicher Stimmabgabe vollzogen werden. Auch das Muralwahlrecht und die Dreiklassenwahl war für die Wahl eines Teils der Abgeordneten vorgesehen. Mit dieser Vorlage hatte die Regierung vor der Ritterschaft abgedankt. Den Rittern genügte jedoch dieses Opfer noch nicht. Die Regierungsvorlage wurde abermals abgelehnt. Am 24. März wurde der Landtag geschlossen. Der Großherzog „beklagte es tief, daß es die Stände nicht vermocht hätten, über die hochwichtige Vorlage zur Verfassungsreform zu einer den Interessen des Landes entsprechenden Einigung zu gelangen“ und behielt sich „freieste Entschlüsse“ vor. Inzwischen haben die Ritter im Juli in Rostock einen allgemeinen Ritterschaftskongress abgehalten und ihre die Massen aufreizenden Forderungen gestellt, in denen es u. a. heißt: „Ausschluß aller gemeiner Wahlen, zu welchen die breite Masse der Bevölkerung gezogen wird.“ So denken sich die Ritter die Erfüllung des großherzoglichen Versprechens vom 4. März 1907, das eine zeitgemäße Umgestaltung der Verfassung in Aussicht stellte. Das mecklenburgische Volk wird den Rittern klarmachen müssen, daß eine Verfassungsrevision, die an dem Erbvergleich von 1755 nur wenig ändern würde, im 20. Jahrhundert ein Unending ist. Die Reichstagswahlen bieten dazu die beste Gelegenheit.

In Braunschweig haben die Justizkommission des Landtages und das Ministerium über eine Wahlrechtsvorlage gebrütet. Der Wahlrechtswechselbalg der Kommission wurde im Februar im sogenannten Landtage des Herzogs-

tums verhandelt. Die Debatten bewiesen, daß die Wahlrechtsvorlage eine Folge der machtvollen Demonstrationen der staatsbürgerliche Gleichberechtigung ringenden Arbeiterchaft war. Die Regierung hat zugegeben, daß im Lande eine tiefgehende politische Bewegung, welche sich wiederholt bis zu einer die öffentliche Ordnung ernstlich bedrohenden Auflehnung gegen die Staatsgewalt gesteigert habe, vorhanden ist. Und wie soll dieser Bewegung der Maßen gesteuert werden? Der in diesem Jahre zu wählende Landtag, der auf Grund des bestehenden reaktionären Dreiklassenwahlrechts in geheimer Abstimmung gewählt wird, soll das neue Wahlrecht schaffen und dann aufgelöst werden. Das neue Wahlgesetz soll an der Dreiklassenwahl festhalten, ebenso wie die privilegierten Stände ihre 18 Abgeordneten behalten sollen. Jede Klasse soll ihre 12 Abgeordneten direkt wählen, so daß wir im Höchsthalle nur 36 Abgeordnetenmandate erhielten, wenn wir liberal die dritte Klasse erobern würden. Den bürgerlichen Parteien würden 42 Mandate reserviert werden. Die braunschweigische Bevölkerung wird die diesjährigen Landtagswahlen trotz der Ungunst des bestehenden Wahlrechts zu einem erneuten wichtigen Proteste gestalten gegen das bestehende reaktionäre Wahlgesetz und die ebenso reaktionären „Reform“pläne der herrschenden Kräfte.

In Bremen wurde im Dezember in der Bürgerschaft der Antrag unserer Genossen auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen nach dem Verhältniswahlrecht verhandelt. Die Liberalen lehnten den Antrag ab.

In Hessen wird im Herbst zum erstenmal auf Grund des direkten Wahlrechts gewählt werden. Durch die Nachgiebigkeit der Mehrheit der Zweiten Kammer kam eine Einigung der beiden Kammern über das Wahlgesetz zustande. Der ersten Kammer wurde entscheidende Mitwirkung bei der Gestaltung des Budgets und aller Gesetze eingeräumt. Die Hessen erhalten im Gegensatz zu den übrigen Süddeutschen nicht das gleiche Wahlrecht, sondern die aus Nationalliberalen, Bündlern und Merkmalen bestehende Landtagsmehrheit hat dem über 50 Jahre alten Wähler eine Alterspluraltimme zugestimmt. Diese Mehrstimmen fälschen bei den Wahlen den Volkswillen. Im übrigen sind wahlberechtigt alle Personen männlichen Geschlechts, die zur Zeit der Wahl das 25. Lebensjahr vollendet haben, wenigstens drei Jahre im Großherzogtum wohnen, seit einem Jahr die hessische Staatsangehörigkeit besitzen und seit dem Beginn des Rechnungsjahres, in dem die Wahl vorgenommen wird, zu einer direkten Staats- und Gemeindesteuer herangezogen sind.

Alle drei Jahre scheidet die Hälfte der 58 Abgeordneten der Zweiten Kammer aus.

Bei der Neueinteilung der Wahlkreise, die wegen der Vermehrung der Mandate um 8 vorgenommen wurde, suchte man in raffinierter Weise zukünftigen Wahlerfolgen der Sozialdemokratie nach Möglichkeit entgegenzuwirken. Den Nationalliberalen und dem Zentrum soll dieser Schritt auf dem Wege zur „Verpreuung“ Hessens nicht vergessen werden. Der Wahlrechtskampf gegen das reaktionäre Muralwahlrecht wird mit der im Herbst stattfindenden Landtagswahlkampagne eröffnet werden.

In Schwarzburg-Rudolstadt brachte die Regierung eine Vorlage über die Abänderung des Wahlrechts der Höchstbesteuerten ein. Die Höchstbesteuerten sind die Wähler mit mindestens 120 Mk. jährlichen Staatssteuern. Sie wählen vier Abgeordnete. Der Steuersatz für die Höchstbesteuerten sollte auf 300 Mk. erhöht und dadurch sollten soviel Besizende in die allgemeine Wählerklasse abgehoben werden, daß eine sozialdemokratische Landtagsmehrheit verhindert würde. Der Plan der Regierung scheiterte an der Opposition unserer 7 Genossen, die den Sitzungssaal verließen und den Landtag damit beschlußunfähig machten. Die Regierung verzögerte darauf den Landtag.

In Elsaß-Lothringen fanden zwei Tage vor dem Wiederzusammentreten des Reichstags Massenversammlungen mit darauffolgenden Straßendemonstrationen statt. Die dem Reichstage zugegangene Regierungsvorlage hatte durch ihre Verpreuungstendenzen und die beabsichtigte Einführung des Muralwahlrechts die Bevölkerung in die größte Erregung versetzt. In Straßburg, Colmar, Mülhausen, St. Ludwig, Gebweiler und in anderen Orten versammelten sich die Massen am Sonntag, den 8. Januar, zu wuchtigen Protesten gegen das unter preussischem Drucke ausgearbeitete Verfassungsmachwerk. Die Behörden hatten die Straßendemonstrationen, die nach den Versammlungen stattfanden, genehmigt. Die Straßendemonstrationen nahmen allerorts einen glänzenden Verlauf. Die elsaßische und preussische Scharfmacherpresse hatte man umsonst gegen die Behörde gehegt. Die Bevölkerung der Reichslande hatte sich laut und deutlich für das freie Wahlrecht und für die republikanische Verfassung ausgesprochen.

Die Verhandlungen im Reichstage waren sehr langwierig. Die Regierung mußte das Verfassungswerk zustande bringen, nachdem sie am 6. Mai das wegen seiner Elixienpolitik berüchtigte Notabelparlament nach Hause geschickt hatte. Sie konnte, da den Konservativen die reaktionäre Regierungsvorlage noch zu liberal war, ohne die Sozialdemokratie nichts ausrichten. Der sozialdemokratischen Reichstagsvorlage gelang es, die beiden Altersstimmen der Regierungsvorlage auszumergen, so daß Elsaß-Lothringen im Herbst zum erstenmal nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht wählen wird. Das allgemeine Wahlrecht ist allerdings insofern eingeschränkt, als es die Wahlberechtigung der Reichsangehörigen von einem dreijährigen Aufenthalt im Lande und einem einjährigen in der Gemeinde abhängig macht, ausgenommen für die öffentlichen Beamten, Lehrer und Kirchendiener, die bereits nach einjährigem Aufenthalt das Wahlrecht erwerben. Eingedenk ist es ein Fortschritt, daß die Wahlen an einem Sonntag stattfinden müssen und zur Sicherung des Wahlgeheimnisses Normalurnen vorgeschrieben sind. Die sozialdemokratische Fraktion hat vergebens versucht, die Vorlage entsprechend ihren programmatischen Wahlrechtsforderungen zu verbessern. Nachdem es ihr nicht gelungen war, das kaiserliche Vetorecht, die Einschränkung des Budgetrechtes und die Einführung eines Oberhauses zu verhindern, hat die sozialdemokratische Fraktion schließlich dennoch den beiden Gesetzen über die Verfassung der Reichslande und die Wahlen zur zweiten Kammer zugestimmt, weil die Beseitigung des infamen Muralwahlrechts dem elsaß-lothringischen Volke einen besseren Kampfthron für die weitere Verbesserung der Verfassungsverhältnisse gewährt und weil die Durchsetzung dieses Wahlrechts für die Wahlrechtskämpfe in den übrigen Bundesstaaten die größte Bedeutung hat.

(Fortsetzung folgt.)

### Aus der Partei.

Anklage gegen Genossen Liebnecht. Genosse Dr. Liebnecht hat kürzlich in einer sozialdemokratischen Versammlung in Karlsruhe über die Marokkofrage gesprochen. Der „Frankfurter Zeitung“ zufolge hat die Staatsanwaltschaft in Karlsruhe jetzt eine Reihe von Verammlungsstellennehmer vorgeladen, um sie über die Äußerungen Liebnechts zu vernehmen.

**Konferenz der Jugendauschüsse des Niederrheins.** Am Sonntag tagte in Düsseldorf die diesjährige Konferenz der niederrheinischen Jugendauschüsse. Vertreten waren 17 Ausschüsse, die Zentralstelle, die oberheinische Bezirksleitung, das rheinisch-westfälische Agitationskomitee der Gewerkschaften und die Verwaltungsstelle Remscheid vom Metallarbeiterverband. Der Bezirksleiter, Genosse Euz-Barmen, berichtete: Im Berichtsjahre wurden zwei Ausschüsse gegründet. Eine gewaltige Steigerung hat die Abonnementzahl der „Arbeiter-Jugend“ erfahren, sie ist von 8552 (darunter 887 weiblichen) Abonnenten des Vorjahres auf 4938 (875 weiblichen) gestiegen. Außerdem sind im Bezirk neun gewerkschaftliche Jugendsektionen mit 787 Mitgliedern vorhanden. Einzeltreffen wurden 116, Vortragsreihen 5 mit zusammen 7219 (1008 weiblichen) Besuchern veranstaltet. Ausflüge und Wanderungen fanden 74 Tage- und 132 Halbtagestouren mit 16 127 Teilnehmern statt. Künstlerische Veranstaltungen wurden 28 mit 8451 Besuchern und 18 Beschäftigungen mit 546 Teilnehmern veranstaltet. Jugendheime bestehen in 8 Orten. Einnahmen hatten die Jugendauschüsse 14 825,82 Mk., Ausgaben 8116,86 Mk. Zuwendungen wurden von der Partei 3008,80 Mk., von den Gewerkschaften 3523,50 Mk. gemacht. Von den angenommenen Anträgen verlangt einer von der Zentralstelle die Herausgabe eines Programms für die Jugend-Ausschüsse. Der Bezirksleiter wurde die Ermächtigung zur Anschaffung einer Handbibliothek erteilt. Als Bezirksleiter wurde Genosse Euz-Barmen wiedergewählt.

**Aus der göttlichen Weltordnung.** Ein furchtbares Schicksal hat ein obdachloses Ehepaar in der italienischen Ortschaft Ariano Puglia erteilt. Die Leute, die ein sechsjähriges Töchterchen hatten, hatten in einer Felsen-grotte Zuflucht gesucht und sich hier so gut als möglich eingerichtet. Nach einem großen Unwetter löste sich nun in der Nacht ein gewaltiges Felsstück ab und stürzte auf die Schlafenden: das kleine Mädchen wurde völlig zermalmte, den Eltern fiel der Hock auf die Brüste und zerquetschte sie. Von dem Kleingewicht eingeklemmt, haben die Unglücklichen 12 volle Stunden nach Hilfe gerufen. Beide haben beide Weine verloren und sind auf Lebenszeit zu Krüppeln geworden, falls sich jetzt der Tod nicht ihrer erbarmt, für die die Gesellschaft keinen Funken des Erbarmens gehabt hat.

**Sozialismus im Polargebiet.** Das Parteibureau in Chicago wurde von den Genossen in Alaska um die Abfindung eines Organisations zu einer Agitationsreise im Eislande ersucht. Gleichzeitig trafen 107 Dollars in Goldstaub ein.

### Gewerkschaftsbewegung.

**Verstarbeiterbewegung auf der Schichauwerft in Danzig.** Nach 20wöchentlichem Streik hat die Arbeiterschaft in größter Einmütigkeit beschlossen, den Kampf abzubrechen. Ungebeugt gehen die Arbeiter an ihre Arbeit und betrachten diese Bewegung lediglich als eine Etappe im Kampf um die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen.

**Zur Leipziger Metallarbeiter-Aussperrung** sind Verhandlungen in die Wege geleitet worden und zwar haben die Metallindustriellen von Dresden und Chemnitz an beide kämpfende Parteien das Ersuchen gerichtet, je eine Kommission zwecks Verhandlung zu wählen. Die Metallindustriellen von Leipzig haben bereits am Dienstag, den 22. August, diesem Ersuchen stattgegeben und eine sieben-gliedrige Kommission gewählt. Die Verbandsleitung des Metallarbeiterverbandes und die Obleute haben am Dienstag das gleiche beschlossen und ebenfalls Vorschläge für sieben Kommissionsmitglieder gemacht. Das sind erst Vorschläge, die in den Versammlungen der streikenden Ausgesperrten am Donnerstag zur Sanktion unterbreitet werden. Die Verhandlungen werden evtl. am Donnerstagabend beginnen. Die Metallindustriellen haben bereits den Vorschlag gemacht, daß am Donnerstagabend die Kommission zwecks Verhandlungen zusammentreten soll.

**Der Straßenbahnerstreik in Saarbrücken** ist beendet. Durch Vermittlung des Oberbürgermeisters findenden Verhandlungen statt, die dazu führten, daß den Streikenden eine 11stündige Arbeitszeit (bisher 14 Stunden) und eine Lohn-erhöhung bewilligt wurde.

**Ein Lärmschutz.** Aus Erfurt wird gemeldet: Der Verband Thüringer Metallindustrieller hat bei dem Gesamtverbande Deutscher Metallindustrieller eine Gesamtaussperrung in der deutschen Metallindustrie beantragt. Mit diesem Antrage dürften die Thüringer kaum Erfolg haben, sie rechnen auch wohl nur mit einer Schreckwirkung! Warum sollte eine Generalaussperrung erfolgen? Es fehlt dafür an Gründen für den Gesamtverband, oder aber er müßte schon den Grundsatzen vertreten: Wir veranstalten eine Machtprobe! Das würde natürlich in den weitesten Kreisen eine große Erbitterung und Unzufriedenheit erregen. Materielle Gründe kann man aber für eine Generalaussperrung, die übrigens den Arbeitern gerade nicht unangelegen käme, nicht anführen. Daß in zwei kleinen Betrieben in Thüringen mit kaum einem Wackerbüchsen Arbeiter die Unternehmer keinen Frieden machen wollen und daß in Leipzig die als notwendig anerkannte Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Gelbmetallindustrie grundsätzlich nur nicht mit dem Metallarbeiterverbande vorgenommen werden soll, das kann man doch nicht als eine Begründung für eine 1/2 Million Arbeiter umfassende Aussperrung angeben. Und andere Vorwände hat man nicht! Zudem herrscht in den Kreisen der Metallindustriellen auch zu wenig Neigung, um eines an den Haaren herbeigezogenen Machtkampfes wegen die günstige Konjunktur unausgenutzt zu lassen. Wochten Generalaussperrungsneigungen und -wünsche bestehen, die Erfahrungen und die ruhige Überlegung haben sie auf ein Minimum beschränkt, das keinen Weltbrand mehr entfesseln kann.

**Ein liberales Todesurteil über die liberale Arbeiterbewegung.** Anton Erkelenz ist nicht nur christlich-nationaler Arbeitersekretär, sondern auch ein Mann, der noch etwas zu lernen vermag. Und deswegen reiste er diesen Sommer mit der bekannten liberalen Arbeiterabordnung nach England. Recht beachtenswert sind die Erfahrungen, die er mit nach Haus gebracht hat. Mit offenen Augen, die ihm bebauerlicher Weise sowie er die schwarz-weiß-roten Grenzpfähle überschritten hat, wieder aufzupassen, sah er in England den langsam aber sicheren Bankrott der liberalen Ideen in der Arbeiterbewegung. Er sagt ganz objektiv in einem Leitartikel der „Frankfurter Ztg.“, wo er seine Erfahrungen niederlegt: „Die englischen Arbeiter und ihre Führer, die bis vor zehn Jahren zum überwiegenden Teil liberal waren, haben es nicht verstanden, ihrer Bewegung neue Ideale zu geben, als die alten erreicht oder ihre Wirkungen erschöpft waren. . . . So ging die Arbeit für die Wiedergeburt und Modernisierung des britischen Trades-Unionismus auf die Sozialisten über. Deutsch-sozialdemokratisches Beispiel mag daran ebenso viel Verdienst haben, wie die Vorgänge in den englisch-australischen Kolonien und die dortigen „Arbeitsparteien.“ Er sieht sogar ein, worin die Ursache dieser inneren Umwälzungen liegt, das Wort Klassen-

